Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

6. Jahrgang Nr. 3
25. März 1977
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 22 000*
*Reduzierte Auflage im März und September

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Niklaus Meienberg: Briefwechsel mit der «NZZ» *Seite 2*

Wohin mit dem Atomabfall? Die Gefahren der Lagerung und Wiederaufbereitung radioaktiver Stoffe *Seite 3*

Mario Grasso zeichnet Brechts Flüchtlingsgespräche *Seite 5*

Städtebau im Nullwachstum Analyse von Lucius Burckhardt *Seite 7*

Erhaltet die Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) *Seite 9*

Zur sozialen Lage der Studenten VSS zum Stipendienwesen *Seite 9*

«Man muss das Gesetz so machen, dass eben die Realität drin Platz hat»

Es gibt zwei Möglichkeiten, wenn eine Frau schwanger wird. Sie muss sich entscheiden; kann ich verantworten, ein Kind, das unter Umständen schlechte Bedingungen hat, wenn es auf der Welt ist, dieses Kind auszutragen – kann ich verantworten, dieses Kind nicht zur Welt zu bringen.

Wenn ich es abtreiben lasse, übernehme ich die Verantwortung, sofern ich einen freien Entscheid habe, dafür selber: dass ich das Kind, – ich möchte sagen das Wesen, das ein Kind werden will – nicht ausgetragen habe.

Die andere Möglichkeit ist, dass ich das Kind tatsächlich austrage, gebäre und in eine Umgebung stelle, die nicht bereit ist, das Kind anzunehmen. Es sind nämlich nicht nur die Mütter, die die Kinder nicht wollen. Es ist unter Umständen die Umgebung, die die Kinder ablehnt.

Eine andere Möglichkeit als diese zwei gibt es eben nicht. Und ich glaube, dass der Entscheid möglich ist. Er sollte möglich sein in erster Linie für die Mutter, die das Kind nachher haben muss, es aufziehen muss, und in zweiter Linie für den Vater. Dies wird nur möglich sein, wenn das Schweizervolk die Fristenlösung annimmt. Mit jeder anderen Lösung ist ein freier Entscheid der Mutter nicht möglich.

Ich glaube, die krasse Forderung, die da aufgestellt wird, dass jedes Kind ein Recht auf Leben hat, jeder Fötus ein Recht auf Leben hat, will ich sagen, könnte man in dieser Form nur aufstellen, wenn das Kind ein Wesen wäre, ein Lebewesen, das nicht auf einen Bezug zur Gesellschaft angewiesen wäre. Aber die Kinder, die wir auf die Welt bringen, haben die Gesellschaft nötig. Sie brauchen zuerst eine sehr intensive Betreuung von ihrer Mutter und von ihrer Umwelt. Und wenn man eben diese nicht stellen kann, dann kann man auch nicht mit gutem Gewissen die Forderung aufstellen, es müsse jedes Kind zur Welt kommen.

Ob man die Kinder abtreibt, die Föten, oder ob man sie in eine schlechte Situation hinein gebärt, sind beides schlechte Lösungen. Aber den Entscheid muss die Mutter frei fällen können.

Eine Diskussionsteilnehmerin aus Ennenda

Eine Glarner Gemeinde von etwa 500 Einwohnern diskutiert mit der Filmgruppe Schwangerschaftsabbruch. Über ein privates Tabu-Thema beginnen die Dorfbewohner öffentlich – und nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand – zu reden.

Was ein Film über Schwangerschaftsabbruch bewirkt:

Ein Dorf diskutiert die Abtreibung

Selten wird über Schwangerschaftsabbruch in einem rauchigen, überfüllten Dorfsaal diskutiert und gestritten. Das Thema wird allenfalls in einer sterilen, emotionslosen Umgebung «fachmännisch» behandelt: von Ärzten, Juristen, Pfarrern und Politikern. Die «Experten» sind in diesem Fall aber eindeutig die direkt Betroffenen, die Frauen und Familien. In einem Film zum Thema «Abtreibung» versuchen die Filmcooperative Zürich, die Frauen von der «infra» (Informationsstelle für Frauen) und die Vereinigung unabhängiger Ärzte diesen Betroffenen Gelegenheit zum Reden, zum Darstellen ihrer Probleme zu geben. In der Glarner Gemeinde Ennenda zeigte die Gruppe kürzlich den bereits fertiggestellten Teil ihres Films, eine achtminütige, ungeschnittene Abtreibungsszene. Dies war der Anstoss zu einem langen und heftigen Gespräch unter den Dorfbewohnern über Schwangerschaftsverhütung/Abtreibung und Mutterschaft. Die «auswärtigen» Filmemacher waren auf einmal nicht mehr so wichtig, doch machte ihnen ein Ennendaer ein schönes Kompliment: «Mich freut es, dass überhaupt einmal in einer Gemeinde jemand so ein Thema aufgerissen hat. Wenn die Zürcher es nicht gemacht hätten oder keine andern gekommen wären, glaube ich kaum, dass so etwas in unserer Gemeinde passiert wäre.» – Wir bringen im folgenden Auszüge aus dieser Diskussion; die Aussagen der Ennendaer sind unverändert, jedoch wurden sie zum Teil thematisch gruppiert. Die Redaktion

Frau I: «Die ganze Problematik fängt nicht erst bei der Abtreibung an, sondern eben viel früher. Und deshalb finde ich an und für sich gut, dass man einen solchen Film macht. Jedermann kann so die Sache einmal in Ruhe überlegen. Wenn man einen Schwangerschaftsabbruch machen möchte, pressiert es ja immer, und dann ist es fast nicht mehr möglich, dass man es sich ungezwungen und in Ruhe überlegen kann, was man in diesem Fall tun würde. Ich selber könnte mir nicht vorstellen, dass ich ein Kind abtreiben würde, aber es gibt sicher Notfälle, wo eben die Situation ganz anders ist. Ich möchte nicht über die den Stab brechen, die einfach so weit kommen und dies machen lassen. Da hat jede Frau ihre eigene Verantwortung. Es hilft ihr nämlich nachher auch niemand, wenn sie das Kind hat; es ist niemand dabei, der sagt, ja, ich nehme jetzt das Kind, das du ausgetragen hast. Da lässt man die Mutter so ziemlich allein. Und deshalb sollte sie auch selbst wissen, was für sie am besten ist.

Aber wenn man zur Überzeugung kommt, dass man kein weiteres Kind mehr wünscht, sollte man sehen, dass es gar nicht so weit kommt.»

«Aufklärung gehört schon in die Schule»

Frau E: «Ich finde auch, es fängt nicht erst dann an, wenn man das Kind wegmachen lassen muss. Aufklärung gehört schon in die Schule.

Die Jungen sind viel zuwenig aufgeklärt in dieser Beziehung. Wenn man Diskussionen macht über solche Themen, sagt jedes Mädchen – egal welches Alter es hat, vielleicht 18, 19 Jahre –, dass es einen Freund hat. Wenn man Fragen stellt, ja gehst du mit ihm ins Bett, so heisst es dann, ja. Nimmst du denn etwas? Nein. Dann sage ich: ‹Gopferdeckel nomal, ihr seid jung, ihr wollt doch modern sein, warum nehmt ihr denn nichts? Ihr könnt doch zum Arzt gehen, euch untersuchen lassen, dann bekommt ihr todsicher ein Rezept.› Aber ich weiss nicht, jedes Mädchen hat einfach Angst, sich von einem Arzt untersuchen zu lassen, eben sich die Pille verschreiben zu lassen. Dies ist ein Fehler schon von den Eltern. Viele Mütter sagen einfach, das gibt's nicht und meine Tochter macht das nicht, und dabei macht sie alles hintenherum.»

Herr S (Lehrer): «Es wurde vorher gesagt, dass ein Mangel an Aufklärung herrscht, es wurde praktisch die Schule angetönt. Ich kann dazu folgendes sagen: Nach dem Lehrplan der Glarner Schulen ist Lebenskunde vorhanden. Und ich weiss aus eigener Erfahrung, dass wir an unserer Schule im Fach Biologie Sexualaufklärung machen. Kinder, welche aus der Schule kommen, werden also aufgeklärt über die biologischen Zusammenhänge und in diesem Zusammenhang auch über die verschiedenen Verhütungsmittel.»

Frau E: «Dabei bekommt man nicht einmal die Pille, wenn man kein Rezept hat.»

Frau I: «Ich habe fünf Kinder, ich bekam die Pille aber erst nach dem vierten Kind. Vorher habe ich keine Pille bekommen. Warum nicht? Ich finde dies nicht in Ordnung.»

Frau E: «Als ich das zweite Kind hatte, sagte ich dem Arzt, dass ich die Pille möchte. Wissen Sie, was für eine Antwort ich erhielt, von einem Arzt? Er sagte mir, ich sei noch jung genug und gesund genug, um noch mehr Kinder zu gebären. Er gäbe mir die Pille keinesfalls.»

Herr S: «Warum wechseln sie nicht den Arzt?»

Frau E: «Das habe ich dann gemacht.»

Herr S: «Ja also, diese Möglichkeit hat man.»

Frau E: «Dass ein Arzt überhaupt so etwas sagt zu einer Frau . . .!»

Herr S: «Es gibt die verschiedensten Einstellungen. Man wird mit Diskutieren mit dem Arzt nichts erreichen. Aber es hat ganz sicher einen andern Arzt, der Ihnen die Pille gibt.»

«Ich möchte nicht über die den Stab brechen, die einfach so weit kommen und dies machen lassen.»

Frau S: «Nach dem zweiten Kind ging ich zum Arzt und liess mich beraten. Ich habe etwas, ein Verhütungsmittel, ich muss nicht zu einem andern Arzt gehen. Es ist mir geholfen. Und wenn ich nochmals ein Kind bekomme, und ich will nachher keins mehr, dann mache ich etwas, dass ich keins mehr bekomme, dass es bei diesem einen bleibt. Nicht einfach wild drauflosleben und nachher: ja, jetzt kann ich das nicht mehr brauchen. Jetzt gehe ich es halt abtreiben.»

Herr S: «Ich bin der Auffassung, dass ein Schwangerschaftsunterbruch ein Unterbruch eines menschlichen Lebens ist, eine Zerstörung von einem Menschen, und meiner Meinung, meinem Gewissen nach ein Mord. Ich empfinde dies als ein gewöhnlicher Fussvolk-Mitgänger von Christen. Ein Mensch hat, auch wenn er noch nicht geboren ist, ein Recht auf Leben.»

Frau D: «Ein Mensch hat auch ein Recht auf Liebe. Und wird ein Kind liebgehabt, wenn es ungewollt, ungewünscht ist? Jedes Kind hat ein Recht, ein grosses Recht auf Liebe, darauf, dass es liebgehabt und akzeptiert wird in der Familie. Und ich bin da nicht ganz überzeugt, wenn man eine Frau oder ein Fräulein zwingt, ein Kind auszutragen, ob diese Frau das Kind jemals liebhaben wird.»

Frau T: «Schon manches Kind wurde geboren, die Mutter hatte vielleicht anfänglich gar keine Freude, und als man ihr dann Mut machte zum Austragen, auch finanziell und sozial schaute, bekam sie Kraft und Mut. Es ist nämlich erwiesen, dass die Natur so ist: Während der Schwangerschaft wird eine Mutter vorbereitet, dass sie dieses Kind liebhaben kann.»

Frau E: «Wir waren zehn Kinder zu Hause, und ich weiss, was es geheissen hat für uns, die ältesten. Wir mussten immer den Kopf hinhalten für die kleineren. Wir mussten auch arbeiten von fünf-, sechsjährig an. Und deshalb bin ich einfach dafür, wenn eine Frau einmal sagt, sie wolle das Kind nicht mehr, es gehe einfach nicht mehr, dass sie dann im ersten oder zweiten Monat sagen darf: ich tue es weg.

Frau Y: «Ich kannte eine solche Frau, die in einer Notlage war. Sie hat alles unternommen, dass sie das Kind nicht hat austragen müssen. Sie war zu spät dran, um eine Unterbrechung vornehmen zu können, und was tat sie bei der Geburt? Sie gab das Kind weg. Sie wünschte also keine Beziehung zu diesem Kind. Sie gab das Kind weg.»

Herr S: «In diesem Moment kann das Kind ja gerade diese Liebe bekommen, die sie ihm vorher abgesprochen haben. Es hat so viele Eltern, die eine Adoption wollen. Da werden massenweise Kinder abgetrieben in der Schweiz, und ein Haufen Pflegeeltern und Adoptivel-

«Es ist purer Egoismus, wenn jemand ein Kind abtreibt und nicht weitergeben kann an jemand anders.»

tern wären vorhanden; aber nein, man macht es weg. Man muss es sogar aus dem Ausland kommen lassen, damit Eltern wenigstens ein Kind haben, damit sie einem Kind Liebe geben können. Es ist purer Egoismus, wenn jemand ein Kind abtreibt und nicht weitergeben kann an jemand anders.»

Herr Z: «Wenn es Leute hat, die keine Kinder haben und darauf warten, dass sie Kinder annehmen können, dann wäre das gut. Aber eine Frage: dann werden diese Kinder aufgezogen, bis sie 18, 20 sind, sagen so lange Mami, Mueter, Und dann mit 18, 20 heisst es: Du bist ja gar nicht unser Kind. Alle diese Kinder sind sehr enttäuscht.

Weiter: Ich bin selber einer von denen. Mit sieben bin ich verkostgeldet worden. Es hiess Kostarbeit, heute sagt man dem Verdingkind. Wir waren drei am selben Ort. Wie es hiess, an einem sehr frommen Ort. Ich war der jüngste mit sieben Jahren. Wenn du nicht schaffen willst, musst auch nicht essen. So

«Besser auf den Friedhof, als dies durchmachen.»

machten sie's. Glauben sie, das ginge alles vorüber? Das bliebe nicht in der Seele drin haften? Glauben sie das? Es ist schon ein Weilchen her. Aber die Mase (das Mal, die Red.) geht nicht mehr aus. Besser auf dem Friedhof, besser tot, als dies durchmachen. Ich spreche aus Erfahrung, müsst entschuldigen.

Einmal ein Lehrer, einmal ein Pfarrer, wie geht's, die haben nichts gewusst, nichts wissen wollen von diesen Kindern. Die Pflegekinder, das sind für die Lehrer und für die Pfärrer sehr gute Opfer. Wenn etwas war in der Gemeinde, hiess es, ja, der ist es gewesen, an dem konnten sie dann die Wut auslassen.»

Herr M: «Der Herr leidet an einer grossen Verbitterung als Verdingkind. Aber Verdingkinder gibt es nicht mehr bei uns. Das sind Pflegekinder, adoptierte Kinder. Solche Fälle gibt es nicht mehr.»

Frau D: «Das gibt es also schon noch. Nicht in dem Mass. Aber es gibt Erziehungsheime, wo Kinder sind, die keine Eltern haben, die nie jemand über ein Wochenende oder in den Ferien abholt. Die Kinder sind in diesen Erziehungsheimen meist noch getrennt nach Buben und Mädchen, dass sie auch ja fein säuberlich erzogen werden. Das ist auch eine Art Verdingkind.»

Herr I: «Ja, das Prinzip ist geblieben. Sie müssen zwar ihr Leben nicht abverdienen. Es ist quasi humaner gestaltet.»

Frau N: «Ich bin bei einem Gericht, und wir haben alle Wochen eine Scheidung. Bei gut 90 Prozent heisst es jeweils, es war eine Mussehe. Letzthin haben wir einen solchen Fall gehabt: Die junge Frau hat gesagt, das erste Kind habe sie mit etwa 17 gehabt. Sie ist natürlich ledig gewesen und hat es abgeben müssen. Und sie hat es abgegeben, gleich nach der Geburt. Sie hat unterschrieben. Sie hat ja keinen Mann gehabt, den sie hätte heiraten können. Sie ist hilflos und ratlos gewesen und hat das Kind abgegeben. Und dann, etwa zwei Jahre später, kam sie wieder in Erwartung. Da hat das Waisenamt gesagt, sie müsse das Kind halt wieder abgeben. Sie haben dann im letzten Moment geheiratet. Sie sagte, das will ich nicht mehr durchmachen, ein Kind abgeben müssen und

Fortsetzung auf Seite 6

Die Filmgruppe Schwangerschaftsabbruch (Infra der FBB, Vereinigung unabhängiger Ärzte Zürich und das Filmkollektiv Zürich) benutzen den ersten Teil ihres Films zum Schwangerschaftsabbruch, den sie bereits an den Solothurner Filmtagen zeigten, als Arbeitsinstrument. Er soll an verschiedensten Orten gezeigt werden und damit das Thema Schwangerschaftsabbruch anreissen (vgl. «Ein Dorf diskutiert die Abtreibung»). Durch die Diskussionen und mit Kontakten zu betroffenen Frauen sollen die weiteren Teile des Films erarbeitet werden.

Um diesen Film realisieren zu können, braucht die Gruppe etwa 124 000 Franken. Der Film soll vor der Abstimmung über die Fristenlösung eingesetzt werden und nachher als Aufklärungsfilm dienen. Weitere Informationen: Koordination Filmgruppe, Eibenstrasse 4, 8045 Zürich, Tel. (01) 33 54 22. Spenden an: Filmkollektiv Zürich AG, Schwangerschaftsabbruch, PC 80-885.

«Im alten Rom schon . . .

wusste man, dass es an den breiten Strassen ein, zwei Gofen gibt; und an den engen Strassen, wo die Armen sind, da purzeln die Gofen nur so herum. Auf lateinisch heisst Nachkommen Proles, und das Wort Proletarier kommt genau daher, dass diese Leute, die am wenigsten verdienten und am meisten Freude aneinander hatten, am meisten Kinder, also Gofen, hatten. Da sagte man, das ist das Proletarierviertel, dort hat es einen Haufen Gofen. In den reichen Vierteln war es immer stiller, aber nicht glücklicher unbedingt.»

Niklaus Meienberg: Ein Briefwechsel

Das mangelnde literarische Niveau von Max Frisch

Niklaus Meienberg, freier Journalist, wollte der «Neuen Zürcher Zeitung» («NZZ») einen Artikel über die wissenschaftlichen Qualifikationen Jean Zieglers, wie sie in Frankreich dargestellt wurden, anbieten, und er stiess nicht auf taube Ohren. Im Fall von Jean Zieglers Promotion zum ordentlichen Professor wurde die «NZZ» nicht müde, in seitenlangen Artikeln Ziegler die wissenschaftliche Qualifikation abzusprechen. Darüber, dass sich in Frankreich angesehene liberale Soziologen für Ziegler einsetzten, informierte die «NZZ» ihre Leser nicht. Deshalb das Angebot Meienbergs, und Fridolin Luchsinger, seines Zeichens Chefredaktor der «NZZ», reagierte: am Telefon unwirsch, barsch ablehnend, in einem Brief nannte er Gründe. Man erfährt, was bei der «NZZ» aus welchem Grund unter den Tisch fällt. So wurde beispielsweise auch das Tagebuch II von Max Frisch in der «NZZ» nicht besprochen: dem Band fehle literarisches Niveau. «Was dieser oder jener gesagt hat, wie er sich ausgedrückt, was er verschwiegen und was er im Grunde gemeint hat – in der ‹Neuen Zürcher Zeitung› steht es.» (So die «NZZ» über die «NZZ».) Im folgenden drucken wir den aufschlussreichen Briefwechsel Meienbergs mit «dem Chefredaktor der ‹NZZ›» im Wortlaut ab.

7. März 1977

Sehr geehrter Herr Luchsinger!

Etwas befremdet über Ihren harschen, barschen Ton während unseres Telefongesprächs von heute mittag, über diesen Ton, wie ich ihn auf Kasernenplätzen vor 15 Jahren, aber nicht im Gespräch unter Journalisten im Jahr 1977 gewohnt war, möchte ich noch schriftlich präzisieren (ein Ton, der bei Ihnen anscheinend an der Tagesordnung sein soll, wie mir Kollegen vom Tages-Anzeiger-Magazin versichern).

Das «Schweigen» der «NZZ»

Ich hatte Ihnen einen Artikel aus meiner Schreibmaschine über die wissenschaftlichen Qualifikationen Jean Zieglers, wie sie in französischer Sicht dargestellt wurden, für Ihr Blatt vorgeschlagen. In Frankreich haben nämlich echt liberale, höchst reputierte, in allen politischen Lagern angesehene Soziologen wie Emmanuel Le Roy Ladurie, Georges Balandier, Edgar Morin, Alain Touraine, Jean Duvignaud für Ziegler Stellung genommen. (Das gibt ein Gegengewicht zur negativen Stellungnahme Herbert Lüthys.) Wollen Sie diesen Leuten schon deshalb, weil sie für Ziegler sind, die Qualifikation absprechen? Wollen Sie ihnen «copinage» unterschieben? Es sind Wissenschaftler, die vor allem Zieglers «Les vivants et les morts» (Seuil) ausgezeichnet fanden. Davon spricht hier niemand. Kein Ton davon in der «NZZ».

Ich bin kein bedingungsloser Befürworter aller Zieglerschen Publikationen, aber der Fairness halber sollte man doch vermerken, dass er nicht nur «Sociologie africaine», sondern auch respektable, allgemein respektierte Sachen geschrieben hat. Nun wurde aber kürzlich Ziegler als Publizist in der «NZZ» fertiggemacht, ohne dass seine Publikationen (ausser: «Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben») zum Zeitpunkt Ihrer Veröffentlichung in der «NZZ» besprochen worden sind. Ihr Argument, auf fremdsprachige Veröffentlichungen in Soziologie, Geschichte usw. könne in der «NZZ» nicht eingetreten werden, hält einer Überprüfung nicht stand: Ihr Feuilletonchef Hanno Helbling sagt mir eben am Telefon, dass selbstverständlich solche Sachen oft besprochen würden, und bekanntlich wurde ausgerechnet Zieglers französisch geschriebenes Schweizer Buch in seiner Originalausgabe heftigstens in der «NZZ» drangenommen. Auch französische Publikationen Herbert Lüthys, Roland Ruffieux' usw. usw. wurden besprochen. Also kann man das Schweigen der «NZZ» nur als Zensur verstehen. Ein Mann wird unbequem, also schweigt man ihn tot: ausser wenn seine Sachen gigantische Auflagen erleben. Dasselbe wurde mit dem Tagebuch Nr. 2 von Max Frisch gemacht: kein Mucks darüber in der «NZZ», weil einige unbequeme Sachen über die Schweiz (und über die «NZZ») drinstanden. Die hämische, von Unterschiebungen strotzende «Besprechung» seines Dienstbüchleins sei nur am Rande erwähnt.

Informationen unterdrückt

Sie fragten mich unwirsch-gallig, wie ich bloss auf die Idee komme, in der «NZZ» schreiben zu wollen? Voilà: ich will diese Zeitung bei ihrem liberalen Credo behaften und ihren Lesern Informationen bieten, welche sie bis jetzt nicht bekommen haben. Das habe ich kürzlich im «Bund» gemacht. Und haben nicht POCH-Publizisten bei Ihnen auch schon Gastrecht gehabt? Ich suche offene Auseinandersetzung in der Art des grossen Voltaire. Haben Sie Angst, dass meine Argumente besser sein könnten als jene, die Bü. laufend in der «NZZ» punkto Ziegler bringt? Fürchten Sie den offenen Kampf der Ideen, den Vergleich, welchen einige Leser ziehen könnten? Sind Sie unsicher und deshalb aggressiv-unhöflich-militärisch? Sie haben abrupt aufgehängt. Um nicht argumentieren zu müssen?

Was mein erstes Buch betrifft, welches ich nicht hatte ins (Telefon-)Gespräch bringen wollen, von dem Sie aber spontan sagten, Sie hätten es «abscheulich» gefunden, so würde ich Ihnen die einschlägigen Besprechungen in grossen liberalen Blättern des Auslands, welche ohne den gehässigen Ton der «NZZ» auskommen, und auch Besprechungen in den grossen liberalen Blättern des Welschlands empfehlen. Es ist nicht damit getan, Ziegler als «krank» und mich als «pathologisch» zu bezeichnen, wie Sie es fernmündlich getan haben. Das ist die Methode der «neuen Zaren», welche jede Opposition als Krankheit einstufen, vgl. das Pamphlet von Bukowski.

Übrigens werde ich mir erlauben, eine Kopie dieses Briefes einigen garantiert liberalen Persönlichkeiten zu schikken, damit wenigstens eine beschränkte Öffentlichkeit hergestellt ist, angesichts Ihrer Zensurtaktik. Das werden Sie als unhöflich empfinden, aber Ihr schnarrender Kommisston am Telefon und Ihre imperiale Allüre lassen es mir geraten erscheinen, die Samthandschuhe im Vestibül abzugeben. Ich ergreife grad die Gelegenheit, Sie zu einem öffentlichen Gespräch über die Informationsunterdrückung in Ihrer Zeitung aufzufordern (welche von «Le Monde» in einer trefflichen Reportage Ende letzter Woche beschrieben wurde). Man kommt nämlich oft in die Lage, mit Angestellten von Ihnen öffentlich diskutieren zu müssen, wobei z. B. Herr Bü. im entscheidenden Augenblick immer sagen muss: hier könne er keine Auskunft geben, da sei halt der Chef zuständig. Freundlich Ihr *Niklaus Meienberg*

Neue Zürcher Zeitung
CHEFREDAKTION

Zürich, den 9. März 1977

Sehr geehrter Herr Meienberg,

Ich erlaube mir, einiges richtigzustellen, was in Ihrem Schreiben vom 7. März verdreht worden ist. Ich habe nicht gesagt, in der «NZZ» würden keine fremdsprachigen Bücher besprochen, sondern: Da wir ein deutschsprachiges Blatt sind, konzentrieren wir uns auch bei den Sachbüchern notwendigerweise auf deutschsprachige Erscheinungen und können zum vornherein nicht von allem Kenntnis nehmen, was etwa in der französischsprachigen Soziologie produziert wird. Dies auf Ihren Vorwurf, wir hätten frühere Publikationen von Herrn Ziegler nicht rezensiert. Es ist absurd, das als «Zensur» zu bezeichnen.

Dass der zweite Band des Tagebuches von Max Frisch nicht besprochen wurde, war ein Entschluss des damaligen Chefs der Feuilletonredaktion; dem Band fehlte nach seinem Urteil literarisches Niveau – ein Urteil, das mir verständlich ist. Es handelt sich hier um eine Selektion, wie sie jeder Zeitungsredaktor durchführen muss, wie sie jeder Redaktion erlaubt sein muss und die völlig legitim ist. Die Besprechung des «Dienstbüchleins» desselben Autors in der «NZZ», die Sie «hämisch» nennen, stammte aus der Feder von Frau Dr. Obermüller, deren heutige Publikationen ja sicherlich grösserenteils Ihren Beifall finden.

Wenn ich es abgelehnt habe, die von Ihnen geplante Apologie Zieglers aus der Sicht französischer Soziologen in der «NZZ» zu veröffentlichen, dann habe ich dabei, abgesehen von der Sache, nicht zuletzt auch Ihr Interview in der Zeitschrift «Focus» vom Dezember 1976 im Kopf gehabt, in dem Sie ja überaus deutlich sagen, zu welchen Zwecken und mit welchen Hinterabsichten Sie in «grosse» bürgerliche Zeitungen drängen. Wir möchten nicht das Objekt solcher Infiltrationsbemühungen sein. Das heisst nicht, wie Sie ja richtig feststellen, dass «linke» Stimmen bei uns nicht zu Wort kommen; es muss aber nicht unbedingt die Ihre sein – ausgerechnet übrigens nach den polemischen Amokläufen, die Sie gegen unseren Kollegen Schlappner hinter sich haben, und nach dauernden Ausfällen gegen eben das Organ, in dem zu schreiben es Sie nun plötzlich so unwiderstehlich drängt.

Ich erinnere mich nicht, Ihr Buch «abscheulich» genannt zu haben; ich glaube, ich habe es als «miserabel» bezeichnet, und bleibe dabei. Sie mögen von Ihrer Art Journalismus sehr viel halten – offensichtlich; ich empfinde sie weder als besonders gekonnt noch als ernsthaften Beitrag an die öffentliche Auseinandersetzung, sondern vorwiegend als perfid. Mit Sicherheit habe ich Sie nicht, wie Sie behaupten, als «pathologisch» bezeichnet; ich erinnere mich genau, dass ich Ihnen gesagt habe, nach meinem Empfinden trage die Schreibweise Herrn Zieglers – nicht die Ihre – in letzter Zeit, namentlich auch in den Briefen, die er mir selber geschickt hat, pathologische Züge.

Es ist möglich, dass mein Ton am Telefon gelegentlich hart geworden ist; wenn es der Fall war, dann bedaure ich das. Sie haben aber offenbar sich selber nicht gehört – Ihren Wasserfall von Kritik, Vorwürfen, insistenter Belehrung und Ausfälligkeit, mit dem Sie dem Chefredaktor der «NZZ» einen noch nicht geschriebenen Artikel andrehen wollten. Dagegen habe ich meinerseits wohl etwas schroff reagiert. Was Sie in Ihrem überschäumenden Formulierungsdrang dann an Unterstellungen und persönlichen Invektiven aus diesem Gespräch machen, darauf einzugehen will ich mir schenken. Es hat mit Argumentation und vernünftigem Gespräch nichts zu tun.

Mit freundlichem Gruss

Dr. Fred Luchsinger
Chefredaktor der
Neuen Zürcher Zeitung

10-3-77

Sehr geehrter Herr Kollega Luchsinger!

Ihr Brief und sein im Vergleich mit Ihren mündlichen Äusserungen sehr ziviler Ton macht mir Lust auf eine kleine Entgegnung. Ich suche das Gespräch.

Punkto Ziegler kann ich nur wiederholen, dass seine Publikationen in Frankreich eindringlich diskutiert werden, spätestens seit dem Buch über die Lebenden und den Tod (bald bei Luchterhand auf deutsch greifbar; schreib' Ihnen gern eine Besprechung). Wenn ein Schweizer im Ausland gross herauskommt (und Ziegler ist heute neben Wilhelm Tell in Frankreich der bekannteste Schweizer), so berichtet die «NZZ» normalerweise darüber. Gerade wenn man Ziegler skeptisch gegenübersteht, könnte man dieses Massenphänomen «wertfrei», nach Art Ihres Hauses, untersuchen. Es werden laufend in der «NZZ» fremdsprachige Bücher besprochen, die quantitativ und qualitativ bedeutend weniger im Gespräch waren als die von Jean Z. Kein Journalist kann die grossen Namen der französischen Soziologie, die ich in meinem ersten Brief an Sie angetippt habe, einfach unter den Tisch wischen. Darf ich im selben Atemzug noch antönen, dass die Berichterstattung über die «politisierten Strukturalisten» Foucault, Althusser, Lacan, Barthes – um nur die Grössten zu nennen – wirklich ungeheuer lückenhaft ist. Das sind Denker, die heute die Welt bewegen. Aber nicht die «NZZ». Eppur si muove . . .

Wegen Klara Obermüller kann ich nur sagen, dass ich ihre «Dienstbüchlein»-Besprechung hämisch finde, ob sie unterdessen nach links gewechselt hat oder nicht. Das sag' ich ihr gern auch persönlich. Damals jedenfalls war die Obermüllersche Besprechung die Stimme der «NZZ». Es ist keine Alternativ-Besprechung erschienen. Und dass Frisch nicht genügend literarisches Niveau hat (Tagebuch II), um in der «NZZ» besprochen zu werden: mein Gott, welche Arroganz, und was für ein Provinzialismus Ihres Weltblatts! Ein Roman von Hedwig Courths-Mahler wird in Fortsetzungen vollumfänglich abgedruckt in Ihrer Zeitung; aber Frischs Tagebuch II ist nicht mal eine Besprechung wert. Wollen Sie im Ernst behaupten, meine Sachen, die nach Ihrem Urteil «miserabel» sind, hätten mehr literarisches Niveau als der grosse Frisch? Meine Schweizer Reportagen wurden nämlich in der «NZZ» besprochen, und wie. Ihr damaliger Feuilletonchef Werner Weber muss ein Weltmeister im Verdrängen sein, er hat nämlich Frischs Tagebuch II nicht deshalb totgeschwiegen, weil es nicht genügend literarisches Niveau hatte, sondern weil darin einige Bemerkungen über die Berichterstattung der «NZZ» standen; so wenigstens berichten mir gut unterrichtete Freunde. Was für ein hübsches Rezept: ein Buch mit Kritik an der «NZZ» kann ipso facto literarisch nicht hochstehend sein.

Übrigens hab' ich an keiner Stelle meines Briefes «offensichtlich» von meiner Art des Journalismus «sehr viel» gehalten. Ich hab' mir nur zugetraut, im Wettstreit mit ganz schlecht informierten Journalisten wie Herrn Bü. zu siegen, so wie ich im offenen Podiumsgespräch (Fribourg und Zollikon) seine Unterstellungen jeweils innert kürzester Frist demontieren konnte. (Darüber, wie Herr Bü. damals abgeschnitten hat, gibt's Berichte in bürgerlichen Zeitungen, «Freiburger Nachrichten», «Tribune de Genève». Werden Ihnen auf Wunsch zugestellt.) Wer besser ist als Bü., ist immer noch nicht gut.

«Ich fürchte, sie fürchten Ideen»

Und was den Amoklauf betrifft, den ich gegen Ihren Herrn Schlappner gelaufen haben soll, so hab' ich ihn ja nur «Pappi Schlappi» genannt, also offen gesagt, was in Ihrem Haus hinter vorgehaltener Hand geflüstert wird, und hab' noch kurz untersucht, weshalb Dindo und ich es u. a. Herrn Schlappner zu verdanken haben, dass wir die Qualitätsprämie nicht kriegten. Herr Sch. ist ein viel begabterer Amokläufer als ich, einer mit Macht und Beziehungen, er kann materiellen Schaden anrichten. Meine sonstigen «dauernden Ausfälle» gegen Ihr Organ sind darauf zurückzuführen, dass ich dieses nicht als heilige Kuh, schon eher manchmal als unheiligen ideologischen Stier betrachte und öfters einige Fussnoten zu Auslassungen der «NZZ» liefern wollte, leider in kleineren Zeitungen, welche die Leser der «NZZ» nicht erreichen, und deshalb jetzt gedacht habe, siehe meinen ersten Brief an Sie, eine direkte Konfrontation der Ideen in Ihrem Blatt wäre interessanter, informativer, genussreicher. Diese Konfrontation fürchten Sie. Ich fürchte, Sie fürchten Ideen. Und wie ist's mit dem öffentlichen Auftreten, das ich vorgeschlagen habe?

Sie sprechen von sich selbst als «dem Chefredaktor der ‹NZZ›». Das riecht nach Majestät und tönt fast so, als ob man mit diesem in einem anderen Ton reden müsste als mit gewöhnlichen Leuten. Für mich sind Sie aber keine unantastbare Institution, Sie sind soviel wert (als Intellektueller) wie Ihre Argumente, die nach den Gesetzen der Logik geprüft werden müssen. Die «NZZ» ist eine Zeitung unter anderen, in manchem nicht mehr auf der Höhe des «Le Monde»; eine Zeitung mit allerlei Mitarbeitern, guten, glänzenden, hämischen, miserablen. Ich hab' mit dem Chefredaktor der «NZZ» anständig gesprochen, dafür gibt's Zeugen, und wenn Sie Insistenz, Argumentation, Eindringlichkeit, Faktensammlung als ausfälligen «Wasserfall» empfinden, dann frag' ich mich, wie lange Sie schon nicht mehr, pardon, intellektuell geduscht haben. Und ob Sie Auseinandersetzung (Auseinander-Setzung), öffentlich, hart und ehrlich, überhaupt noch ertragen.

Mit freundlichen Grüssen
Niklaus Meienberg

Fazit nach drei Briefen

Die «NZZ» lässt Rede und Gegenrede zum Fall Ziegler nicht gelten. Sie unterschlägt wesentliche positive Urteile über das wissenschaftliche Niveau des bekanntesten schweizerischen Soziologen. Und zwar Urteile, die nicht erst gefällt wurden, als Zieglers Ernennung zum Ordinarius gefährdet war, sondern früher, in einem ruhigen Klima (z. B. die Ansichten von Georges Balandier). Andererseits werden, sofern sie schön negativ sind, noch die Ansichten des letzten unbekannten Winkelblättchens über Ziegler zitiert («Le Genevois», «NZZ» vom 12./13. März). Herr Luchsinger kennt allerdings, wie er am Telefon verriet, die französischen Autoritäten nicht, Le Roy Ladurie u. a., welche für Ziegler eintraten. Die welsche Presse ist da ein bisschen gerechter und auch besser informiert, sie lässt ausführlich beide Parteien zu Wort kommen, und weil die Pro-Ziegler-Partei unter den internationalen Kapazitäten grösser ist als die Anti-Ziegler-Partei, erhält diese in manchen Zeitungen (ausgenommen vor allem die «Tribune de Genève») mehr Platz. Da muss man wohl oder übel mit «Le Monde» einiggehen, welcher kürzlich in zwei grossen Schweizer Reportagen die innenpolitische Berichterstattung der «NZZ» als mangelhaft und obrigkeitshörig bezeichnete. Im Artikel ihres Pariser Korrespondenten, welchen die «NZZ» diesen Schweizer Reportagen widmete, wurde, o wie zufällig, nicht erwähnt, was das liberale Weltblatt aus Paris über die «NZZ» schrieb . . .

Wäre es nicht ein schöner Zug von der «NZZ», wenn sie so etwas wie «Le Monde» einführen würde, nämlich die Rubrik «Tribune» oder «Libres Opinions», wo ausführlich und sehr oft debattiert werden kann? So kann nämlich am gleichen Ort, wo eine Meinung geäussert wird, auch die Gegenmeinung steigen. Marktplatz der Ideen. Ach wie mühsam, auf Artikel unseres provinziellen und oft unseriösen Weltblatts immer in einem andern Organ antworten zu müssen! *N. M.*

++ redaktionelles ++ redak

«das konzept» gibt es weiter

Um eventuelle Zweifel gleich zu Anfang auszuräumen: «das konzept» wird weiterhin in gewohnter (und hoffentlich mitunter auch geschätzter) Art erscheinen. Daran kann auch der Entschluss einiger Studenten nichts ändern, dass sie in der Studentenschaft Zürich (SUZ) nicht mehr «Zwangsmitglied» sein wollen. Sie wollen nicht mehr Mitglied sein, weil die Studentenschaft gegen ihre privaten Interessen verstosse. Wie? Indem sie sich in der Politik nicht nach rechts der Mitte, sondern nach links der Mitte wende. (Dass sie daneben einen grossen Service von Dienstleistungen bietet, steht nicht zur Debatte.) Eine eigentliche politische Linie kann jedoch der Studentenschaft gar nicht zugeschrieben werden. Darum nämlich, weil sich diese «Linie» in einem demokratischen Prozess bildet. Jeder Student kann, weil er Mitglied sein muss, das Studentenparlament und damit die Exekutive (KStR) bestimmen. Er kann wählen. Was den paar wenigen nicht passt, ist die Tatsache, dass sie in diesen Wahlgängen ständig den kürzeren ziehen. Und genau da verrät sich ihre undemokratische Haltung: Statt einen politischen Kurs zu verfolgen, der ihnen eine breitere Unterstützung durch die Studenten brächte, wählen sie den Weg der Kinderzeit und rennen zum «Papi»: zur Hochschulkommission. Und jetzt ist ihr Vorgehen durch den Regierungsratentscheid gutgeheissen worden. Dieser Entscheid hält fest, dass der Student L. nicht Mitglied der SUZ sein müsse, dass er darum sein bisher bezahltes Geld zurückerhalte (12 Fr. pro Semester). Der Entscheid könnte also fortan auch für andere gelten.

«das konzept» (und auch der «zürcher student») ist von diesem Vorgehen direkt betroffen. Denn die SUZ ist ein relativ gewichtiger Geldgeber dieser Zeitung: Pro Student fliessen 85 Rappen im Semester ins «konzept». Zählt die SUZ weniger Mitglieder, so erhält «das konzept» weniger Geld. Und das ist auch die Absicht: Das Sprachrohr der Mehrheit der Studentenwähler soll zum Schweigen gebracht werden; die Zeitung, welche ein breites Echo nicht nur an den Hochschulen, sondern auch ausserhalb gefunden hat, soll verschwinden. Verschwiegen wird, dass «das konzept» immer verschiedene Ansichten zu Wort kommen liess, auch unbequeme. Der demokratische Auftrag wurde eingehalten und immer wieder geprüft. Wie auch die Urabstimmung an der Uni Zürich gezeigt hat, findet «das konzept» eine breite Zustimmung. Jenen notorischen Leserbriefschreibern aber, die eine taktisch gewiefte Interessenpolitik verfolgen und dies auch genau wissen, begegnen wir mit Reserve. Wie viele Briefe von ihrer Seite wir schon abgedruckt haben, können die Leser selbst feststellen. Was wird sich ändern? Einige Studenten, die nicht mehr mitmachen wollen, werden abspringen. Eine grosse Mehrheit aber wird weiter in der Organisation bleiben und in ihr den Kurs bestimmen. «das konzept» wird sich vermehrt der redaktionellen Arbeit widmen können und weniger der Korrespondenz mit jenen Leuten, welchen es gar nicht um die inhaltliche Auseinandersetzung mit Problemen geht, sondern um ihre eigene politische Linie nach freiem Sinn.

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 22 000 (reduzierte Auflage im März und September).

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 4: 1. 4. 77
Inseratenschluss Nr. 4: 12. 4. 77

HINTERGRUND

Der Bundesrat sieht vorderhand keine Veranlassung, die Spraydosen bisheriger Art zu verbieten. Er wird entsprechende Massnahmen beantragen, *«sobald sich solche durch wissenschaftlich erhärtete Tatsachen rechtfertigen lassen»*. Professor Deutsch vom Laboratorium für Atmosphärenphysik der ETH-Z erklärte, es könne noch Jahre dauern, bis man hundertprozentig hieb- und stichfeste Beweise für die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit der Sprays habe. Wer nicht so lange warten will, kann sich schon jetzt über das Ausmass der Gefährdung durch Sprays und über die ökologische Unsinnigkeit ihrer Produktion machen: «das konzept» hat sich in der Februar-Nummer ausführlich damit beschäftigt.

Die Atomenergie gefährdet Menschen, Umwelt und die demokratischen Einrichtungen

Unsere Gesellschaft wird verseucht

«Im Krieg könnte man Atomreaktoren abschalten – aber Abfallfabriken dürfen niemals stillgelegt werden, denn der radioaktive Müll würde grosse Teile Europas vernichten», heisst es in einem Film mit dem provozierenden Titel «Wir brauchen mehr Atomkraftwerke». Gefährlicher als der Betrieb eines Atomkraftwerkes (AW) ist das, was dabei übrigbleibt: der Atommüll. Denn dieser muss strahlungssicher versorgt werden, aber man weiss noch nirgends so recht wo. Die Anlagen, welche aus Müll wieder spaltbares Material gewinnen können, die Wiederaufbereitungsanlagen (WA), sind um ein Vielfaches gefährlicher als die A-Werke. Die verantwortlichen Instanzen in der Schweiz hielten sich bisher das Problem der Wiederaufbereitung vom Leibe, indem sie es dem Ausland zuschoben. Die Wiederaufbereitung – dies zeigt der nachfolgend dokumentierte Bericht aus der BRD – birgt jedoch Gefahren, die das Gebiet von ganz Europa bedrohen. In Sachen Lagerung des nicht weiter verwertbaren Mülls – und solcher fällt in immer grösseren Massen an, von den Handschuhen eines Arbeiters bis zu den hochradioaktiven Abfällen aus den WA – verfolgt die Bundesbehörde eine strenge Politik von oben, im Dienste des «nationalen Interesses»: Die betroffenen Gemeinden haben sich zu beugen (vgl. den Artikel «Abgeschoben ist nicht aufgehoben»). Eine Lösung der Lagerungsprobleme und der Wiederaufbereitung ist noch nicht in Sicht. Was sich aber schon jetzt abzeichnet, ist eine Verhärtung der staatlichen Autorität, welche die Geheimnisse der Nuklearenergie und die nötigen Entscheide auserwählten und industriefreundlichen Experten überlassen will. Was sich an der Atomenergiefront jetzt schon abzeichnet, ist das Aufweichen demokratischer Entscheidungsformen. **Redaktion**

Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) sind eigentlich nur die logische Folge der relativen Knappheit von Spaltmaterial und der Tatsache, dass Abfallmaterial von Atomkraftwerken (AW) noch brauchbare Mengen von Uran enthält, und auch Plutonium, welches dereinst den «Schnellen Brütern» als Brennstoff dienen soll. Die Fusion ist noch zuwenig weit entwickelt, um für die nähere Zeit eine realistische Technologie zu gewährleisten. Das ökonomisch an sich sinnvolle Recycling von Brennstoff wird allerdings problematisch, wenn man bedenkt, dass solche WAA hochradioaktives Material ihrerseits als Müll zurücklassen: denn jede Anlage saugt sich mit der Zeit voll Radioaktivität wie ein Schwamm mit Wasser. Die Betriebsdauer von Atomanlagen beträgt etwa 15 Jahre. Danach ist die ganze Anlage als Müll zu betrachten und muss beseitigt werden.

Angesichts des beängstigenden Anwachsens der Atomabfallhalde machen denn auch die in Frankreich und Grossbritannien bestehenden Anlagen bereits heute den Müllieferländern die Auflage, diesen hochradioaktiven Abfall zurückzunehmen.

Der Müllberg

«Heisse» Bestandteile einer solchen WA-Anlage sind die Lagertanks. Das sind riesige, bunkerähnliche Betonbekken, in welchen Tonnen von ausgedienten Brennstäben aus A-Werken bis zur Behandlung in der WAA liegen. Und weil schon heute eifrig Atomstrom produziert wird, geht es diesen Stäben etwa wie den Patienten in unseren Polykliniken: Sie stauen sich im «Wartezimmer».

Im Unterschied zu gewöhnlichem Müll geben aber diese Brennstäbe wegen ihrer Strahlung Wärme ab, die Strahlung erwärmt das Beckenwasser, welches verdunstet. Die Dünste müssen abgeführt und *gereinigt* werden, das Becken nachgefüllt. Das Vorratslager allein schon bedarf der ununterbrochenen Beobachtung und Wartung.

Die Behandlung

Im Wiederaufbereitungsprozess wird das von mechanischen Greifern aus dem Lagertank gezogene und zerkleinerte Material in Salpetersäure aufgelöst. Die heisse Salpetersäure enthält das Uran und das Plutonium, deren Rückgewinnung der eigentliche Zweck der Kocherei ist. Daneben enthält es allerdings auch noch anderes Material, das so gefährlich wie auch unbrauchbar ist. Da die Säure heiss ist, verdampft sie. Und dabei nimmt sie Spaltprodukte mit, welche wieder eingefangen werden müssen, damit sie nicht in die Umwelt gelangen.

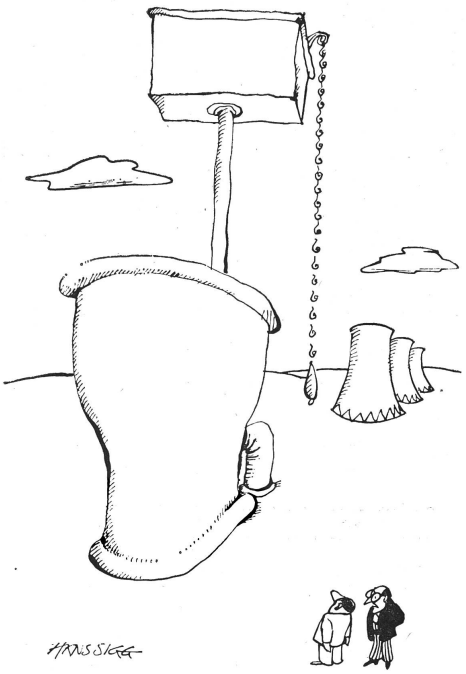
Der riesige Aufwand, welcher für die Wiederaufbereitung getrieben werden muss, wird durch die Massen von Gerümpel, die dabei anfallen und auch beseitigt werden müssen, ins Gigantische gesteigert. Denn die Hülsen der Brennstäbe, die Metallgerippe der Brennelemente, der Schlamm der Kochtiegel, aus welchen der Brennstoff gewonnen wurde, alle diese Anlagen sind im höchsten Mass radioaktiv und müssen nun, nicht weiter verwertbar, «end»-gelagert werden. Alles, was nicht durch Verbrennung verascht werden kann, muss in Beton eingegossen werden und ... sollte irgendwohin gebracht werden, wo es keinen Schaden mehr stiften kann: und dies in Behältern, deren Grösse diejenige des eigentlichen Abfalls um ein Vielfaches übersteigt.

Zauberlehrlinge

Der riesige Aufwand, welcher hier getrieben wird, angeblich zum Weiterbestehen der Wirtschaft und damit der Zivilisation, ist in der Tat mit so vielen Gefahren verbunden, dass nicht mehr die noch fragliche Rentabilität im Vordergrund stehen kann. Alles, was zur Beseitigung der Radioaktivität von der Bildfläche an Technik aufgeboten wird, ist danach selbst radioaktiv, muss also seinerseits beseitigt werden: Die Müllbeseitigung schafft selbst viel mehr Müll, als sie beseitigt.

Eine offiziöse, aber geheime Studie

Aber der noch offensichtlichere Problemaspekt bei der Nuklearenergie ist die Frage der *Betriebssicherheit*. Dass die Gefahr durch Unfälle auch die Schweiz nicht verschont, welche ihren Müll im fernen Ausland «aufzubereiten» gedenkt, geht aus einer Studie hervor, welche das Bundesdeutsche Ministerium des Innern durch das Institut für Reaktorsicherheit (IRS) erstellen liess. Der 40seitige Bericht wäre allerdings nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen, doch war die Brisanz der Resultate wohl zu gross, so dass er durch eine undichte Stelle «entwich».



«Das Problem mit dem Atommüll dürfte so für alle Zeiten gelöst sein.»

Die im nachhinein als «vorläufiger Arbeitsbericht» abgestempelte Studie ist deshalb nötig geworden, weil eine erste WAA in Norddeutschland geplant ist; sie untersucht im einzelnen:

- das Versagen der Kühlung und das Freisetzen der hochradioaktiven Spaltprodukte aus einem Konzentratbehälter einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA);
- den Ausfall der Kühlung eines vollbesetzten Brennelementlagerbeckens einer WAA;
- das Auslaufen des Kühlmittels aus einem vollbesetzten Brennelement-Lagerbecken einer WAA;
- die Freisetzung radioaktiver Spaltprodukte aus einem Kernkraftwerk durch Ausfall der Kühlung und Notkühlung und Schmelzen des Reaktorkerns.

Die Wissenschafter haben untersucht, mit welchen Strahlenbelastungen die Umwelt zu rechnen hat, wenn in einer Nuklearanlage ein Unfall passiert, ein sogenannter «Störfall». Dass Unfälle auf verschiedenste Weisen passieren und ablaufen können, ist klar, und es erhebt sich also auch die Frage, welche Voraussetzungen man in einer Untersuchung macht. Nach Aussagen der Wissenschafter selbst haben sie immer die *«pessimistischen»* Umstände berücksichtigt. Dass dies nicht zutrifft, soll die anschliessende Kritik zeigen. Schon die IRS-Studie selbst kommt zu Resultaten, die erschrecken müssen.

Erschreckende Resultate auch für die Schweiz

Für die Berechnung der Strahlendosen, welche bei einem Unfall auf die Menschen einwirken, ist unter anderem auch die Wetterlage und die Entfernung vom Unfallort wichtig. Dies ist in der Studie berücksichtigt. Bei einem Unfall in einem Brennelement-Lagerbecken einer WAA (Ausfall der Kühlung, Auslaufen des Kühlmittels) gibt die Studie Strahlendosen für die Entfernung von 1 km an zwischen 1,9 Mio. und 13 Mio. rem. Die tödliche Dosis beträgt 600 rem. In einer Entfernung von 100 km betragen die Strahlendosen zwischen 6300 rem und 47 000 rem.

Strahlendosen auch für einen Unfall im Aufbereitungsbecken selbst ausgerechnet (Versagen der Kühlung und Folgen): Bei 1 km Entfernung betragen sie zwischen 5,6 Mio. und 38 Mio. rem; bei 100 km werden Zahlen angegeben zwischen 19 000 und 140 000 rem. Die Unterschiede bei gleicher Entfernung gehen auf die Wetterlage und auf die sogenannte Höhe der Freisetzung des radioaktiven Materials zurück. Wichtig ist auch der Umstand, dass diese Zahlen die Dosen für den Ganzkörper ausdrükken. Für den Magen-Darm-Trakt und für die Schilddrüse liegen die Dosen tiefer. Hingegen sind die Dosen, mit welcher die Knochen eines betroffenen Menschen betroffen werden, um einiges grösser.

Die aus der Studie hervorgehenden Zahlen für einen Unfall in einem Kernkraftwerk (Ausfall der Kühlung und Folgen) zeigen, dass die Gefahr dort geringer, aber nicht weniger bedrohlich ist: Bei einer Entfernung von 1 km wird ein Mensch einer Strahlenbelastung zwischen 19 000 und 2,5 Mio. rem ausgesetzt: bei 100 km Entfernung zwisohen 980 und 9200 rem.

Zeit für «Gegenmassnahmen»?

Ein wichtiges Ergebnis zur Beurteilung der Gefahr bei einem Unfall ist die Zeit, welche verstreicht, bis das radioaktive Material ein bestimmtes Gebiet erreicht hat. Der IRS-Untersuchung zugrunde liegt die Annahme einer Windgeschwindigkeit von 1 m pro Sekunde (3,6 km/h). Die Driftzeit, das heisst die Zeit von der Freisetzung bis zum «Aufpunkt», beträgt bei 1 km Entfernung 17 Min., bei 10 km Entfernung 2,8 Std. und bei 100 km 27,8 Std. Diese Driftzeit ist darum wichtig, weil nach ihr beurteilt werden muss, wieviel Zeit für etwaige «Gegenmassnahmen» zur Verfügung steht.

Die «wissenschaftliche» Verharmlosung

Dass diese Zahlen sowohl die Wissenschafter als auch die Laien erschrekken muss, liegt auf der Hand. Und die entstehende Angst kann auch nicht dadurch verscheucht werden, indem der Fachmann dem Laien auf die Schulter klopfend sagt: Ja, das gilt doch nur für den schlimmsten Fall. Genau das aber haben die Wissenschafter nach diesem Bericht getan: *«Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass bei der vorliegenden Analyse in keinem Fall Gegenmassnahmen berücksichtigt worden sind. Da solche Gegenmassnahmen bei den untersuchten Störfällen in sehr unterschiedlichem Mass möglich sind, sollte man die vorliegende Analyse als Vergleich der unter pessimistischen Annahmen zu erwartenden Auswirkungen betrachten, nicht aber als Risikoaussage unter realistischen Bedingungen»* (IRS-Bericht, S. 34).

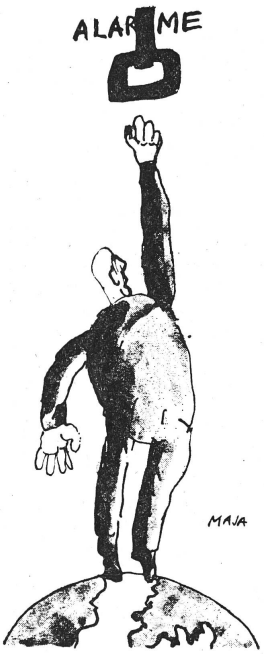
Die Mängel der Studie

Diese Verharmlosung des bis dahin Gesagten ist deshalb ungerechtfertigt, weil gezeigt werden kann, dass die Studie nicht pessimistisch argumentiert, sondern vielmehr optimistisch, indem sie nämlich eine Reihe von wesentlichen Gefahren ausser acht lässt. Die Studie berücksichtigt nämlich genau nur ganz bestimmte «Störungen»: Ausfall der Kühlung und Auslaufen des Kühlmittels.

Andere Einwirkungen wie Knallgasexplosionen oder Kettenreaktionen, Erdbeben, Überschwemmungen, Flugzeugabstürze, Druckwellen chemischer Explosionen, Sabotage und Brand sind überhaupt nicht in Betracht gezogen worden. Die Fernwirkungen (über 100 km) sind vernachlässigt worden, die Verseuchung der Umwelt (insbesondere des landwirtschaftlich nutzbaren Gebietes); auch die Langzeitfolgen (Nahrungsaufnahme von verseuchten Lebensmitteln), Auswirkungen auf das Erbgut bestrahlter, aber nicht getöteter Lebewesen. Auch die soziologischen Folgen sind vernachlässigt worden. Konnte beim Unfall im ersten schweizerischen A-Werk in Lucens der Schaden noch zubetoniert werden, so ist diese Zubetonierung im Fall einer Verseuchung ganzer Landstriche nicht mehr möglich. Solches Land wird unbewohnbar und muss als moderner «weisser Fleck» auf den Landkarten eingetragen werden.

Knallgasexplosionen und Kettenreaktion

Gerade Knallgasexplosionen sind durchaus realistische Unfälle, denn durch radioaktive Strahlung wird Wasser zersetzt, und dabei entsteht Knallgas. Deshalb müssen auch in den Lagertanks für Brennelemente ständig Ventilatoren die Luft umwälzen und Frischluft zuführen. Fallen diese Ventilatoren aus, so ist bereits nach einigen Stunden mit einer Explosion zu rechnen. Eine solche Explosion würde die Zeit vom Störfall bis zum Unfall (Freisetzung von radioaktivem Material), welche im Bericht mit mehreren Tagen (je nach Art des Nuklearwerkes) beziffert wird, wesentlich verkürzen und somit auch Gegenmassnahmen erschweren.



Auch der mögliche Fall, dass bei Explosion eines Lagertanks einer WAA weitere Tanks derselben Anlage in der Folge explodieren, wird im Bericht nicht erwähnt. Dass nach einem ersten Unfall die Gegenmassnahmen zur Verhinderung weiterer Unfälle in der gleichen Anlage nur schwer durchführbar sind, geht daraus hervor, dass das fachkundige Personal, welches diese Massnahmen durchzuführen hätte, bei der ersten Explosion entweder getötet wird, weil es im Zentrum der Anlage arbeitet, oder aber in Panik vom Gelände flieht. Es ist auch völlig unklar, wer als Retter in die Gefahrenzone geschickt werden kann und dabei den Tod riskiert. Wie ein Unfall in Idaho Falls (USA) von 1961 zeigte, konnte selbst bei einem kleinen Störfall die denkbare Gegenmassnahme, nämlich Arbeiter aus dem Reaktor zu holen, wegen der Gefahr für die Hilfskräfte nicht durchgeführt werden.

Wenn bei Ausfall einer Kühlungsapparatur zwar die vorgesehene Notkühlung in Kraft tritt, so ist doch damit nicht geklärt, ob ein Nachfüllen des Brennstofftanks für die Notstromgruppe überhaupt noch möglich ist, ob die Gefahr von jemandem noch in Kauf genommen

Fortsetzung auf Seite 4

Was schon passiert ist*

1957 Windscale (GB). Freisetzung grosser Mengen von Radioaktivität. Milch musste vernichtet werden.

1958 Los Alamos (USA). 1 Toter durch Radioaktivität in einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA).

1959 Vinca (Jugoslawien). 1 Toter durch Radioaktivität durch überkritisch gewordenen Versuchsreaktor.
1959 Santa Susanna (USA). Verstopfung des Kühlsystems in einem Reaktor.
1959 Oak Ridge (USA). Chemische Explosion in einem AW.

1960 Waltz Mill (USA). Defekt im Kühlsystem eines Atomreaktors.

1961 Idaho Falls (USA). 3 Tote durch Radioaktivität bei einem Unfall in einem Versuchsreaktor (vgl. Artikel).

1964 Wood River Junction (USA). 1 Toter durch Radioaktivität in einer WAA.

1965 Mol (Belgien). 1 bestrahlter Fuss musste amputiert werden. Ursache: Fehlmanöver in einem Reaktor.

1966 Detroit (USA). Kernschmelzen in einem Reaktor. Gefahr einer Atomexplosion.
1966 Michigan (USA). Störung im Kühlsystem eines Reaktors. Betrieb bis 1970 eingestellt.

1968 El River (USA). Radioaktive Ausströmungen wegen Lecks. Reaktor geschlossen.
1968 La Crosse (USA). Versagen der Betriebsarmaturen in einem AW.

1969 St-Laurent-des-Eaux (Frankreich). Teilkernverschmelzung in einem Reaktor.
1969 Grossbritannien. Risse in den Kühlrohren von sechs Atomkraftwerken.
1969 Lucens (CH). Kühlsystem teilweise geschmolzen. Reaktor geschlossen. Der Untersuchungsbericht lässt noch immer auf sich warten.
1969 Rocky Flats (USA). Feuer in einer WAA. Freisetzung von Plutonium und Feststellung, dass die Anlage auch bei Normalbetrieb Plutonium freisetzte.

1970 Beznau (CH). Bestrahlung von 10 Mitarbeitern.
1970 Dresden–2 (USA). Reaktor zwei Stunden ausser Kontrolle.

1971 Minneapolis (USA). Freisetzung von Radioaktivität durch einen Reaktor.
1971 Dresden–3 (USA). Störung im Primärkühlsystem eines Reaktors.

1972 Surry-1 (USA). 2 Tote wegen Versagens eines Ventils.
1972 Obrigheim (BRD). Explosion eines Behälters von radioaktiven Abwässern.
1972 Karlsruhe (BRD). Plutoniumhaltiges Wasser floss in die Regenwasser-Kanalisation.
1972 Grundremmingen (BRD). Wohnungseinrichtungen wurden radioaktiv verseucht und mussten auf Kosten eines AW abtransportiert werden.
1972 Frankfurt (BRD). Spielende Kinder durch Strontium 90 auf dem Grund eines leergepumpten Teiches gefährdet.
1972 Würgassen (BRD). Störung im Reaktor, Risse an Kühlrohren. 1050 Tonnen radioaktives Wasser in den Fluss Oberweser geflossen.

1973 Handord (USA). Durch Lecke und Störungen wurde mindestens dreimal in diesem Jahr Radioaktivität aus der Atommüll-Lagerung freigesetzt; das erste Mal waren es 2 Mio. Liter Müll, das zweite Mal 25 000 Liter hochradioaktives Material.
1973 Vermont Yankee (USA). Fehlmanöver mit Kontrollstäben. Busse von 15 000 Dollar.

1974 Mühleberg (CH). Defekte an Borblechen (zur Neutronenkontrolle). Reaktor musste abgestellt werden.
1974 Würgassen (BRD). A-Werk stillgelegt.

1975 Brown-Ferry (USA). Brand in einem Siedewasserreaktor. Dadurch Kühlsysteme zweier Zwillingsreaktoren ausgefallen.
1975 Südfrankreich. Beim Transport zwei 400-Kilo-Fässer mit schwach radioaktivem Atommüll von einem Lastwagen gefallen, dabei eines geborsten.

1976 Waterford (USA). Unfall im Kühlungssystem eines Reaktors.

1977 La Hague (Frankreich). 8 Arbeiter durch ausströmenden radioaktiven Wasserdampf verletzt.

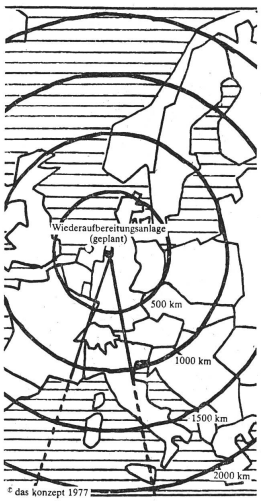
* Ohne Anspruch auf Vollständigkeit. «Kleinere» Unfälle haben sich in der jüngeren Zeit gehäuft, da weltweit die Nuklearenergie verwirklicht wird.

Fortsetzung von Seite 3

wird. Die zu erwartende starke Verseuchung des Gebietes einer Anlage durch einen ersten Unfall lässt diese Möglichkeit kaum offen; eine Kettenreaktion von Unfällen erscheint somit als möglich. Die dabei entstehende Zerstörung und Verwüstung übertrifft jedes Vorstellungsvermögen.

Folgen auf weitere Zeit und Entfernung

Ein weiterer Mangel der Studie besteht in der Tatsache, dass sie Langzeitfolgen und solche in weiter Entfernung nicht berücksichtigt. Die IRS-Studie untersucht lediglich die Auswirkungen von



Entfernungen vom geplanten Wiederaufbereitungswerk in Norddeutschland. Die Strahlungswerte nach einem Unfall können bis über 1000 km Entfernung höher als die tödliche Dosis sein. Im Fall einer vorherrschenden Wetterlage (z. B. Nordwind), muss ein «Todessektor» über Europa angenommen werden. Die Schweiz könnte davon fast total betroffen sein.

Unfällen auf die Umgebung bis maximal 100 km. Die Resultate zeigen Strahlenbelastungen in 100 km Entfernung und bei stabiler Wetterlage zwischen 9200 rem (Reaktorunfall) und 140 000 rem (WAA-Unfall – tödliche Dosis: 600 rem). Die Untersuchung berücksichtigt aber nun nicht, dass die radioaktiven Luftmassen durch den Wind weitergetragen werden, zwar «verdünnt», aber trotzdem gefährlich für die Umwelt und die Menschen.

Wie die Studie zeigt, nimmt die Strahlenbelastung bei Zunahme der Entfernung um eine Zehnerpotenz selbst um eine Zehnerpotenz ab, sinkt also linear. Findet ein schwerer Unfall in einem Kernkraftwerk statt und wird dabei Radioaktivität freigesetzt, so ist mit einer tödlichen Strahlendosis noch in einer Entfernung von 1000 km vom Unfallort zu rechnen. Handelt es sich aber um eine Wiederaufbereitungsanlage, so wirkt eine tödliche Strahlenbelastung bis auf mehrere 1000 km. Wendet man diese Angaben für die in Norddeutschland geplante WAA an, so ergibt sich ein verseuchtes Gebiet, welches auch die Schweiz stark betrifft (vgl. Karte). Bei einem schweren Unfall (Ausfall der Kühlung eines Lagertanks und schliesslich Freisetzung von Radioaktivität) würde das Gebiet ganz Mitteleuropas betroffen.

Nahrung könnte nur noch unter erheblicher Gefahr aufgenommen werden. Diese Gefahr bedeutet, in Zahlen ausgedrückt, eine jährliche Strahlenbelastung durch Nahrungsaufnahme aus dem verseuchten Gebiet von bis zu 5000 rem (Ganzkörper) und eine Knochenbelastung von bis 16 800 rem. Gegenmassnahmen bei einer so weitreichenden Verseuchung sind (unter Berücksichtigung des Ernährungsstandes der Welt) fast unmöglich: Die übrige Welt könnte kaum die Einwohner Europas mit Nahrung versorgen. Die Strahlenbelastungen würden zwar nicht zu Sofortschäden, aber zu einem starken Anwachsen der Krebs-, Leukämie- und Missbildungskrankheiten führen. Zu den verheerenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft kämen noch die Auswirkungen auf die Erbsubstanz der Bevölkerung.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die in der IRS-Studie gemachte Aussage geradezu zynisch: *«Die potentiellen Strahlenexpositionen durch Ingestion (Nahrungsaufnahme, die Red.) wurden hier nicht berechnet, da angenommen wird, dass die Aufnahme kontaminierter (vergifteter, die Red.) Nahrung durch administrative Massnahmen verhindert wird.»*

Eine wirklich realistische Betrachtung des Gefahrenpotentials, welches aus der Atomtechnologie erwächst, zeigt, dass nicht bloss unmittelbar umliegende Gegenden und die in ihr wohnenden Lebewesen bedroht sind, sondern die Bevölkerung ganzer Länder. Nimmt man nämlich zusätzlich an, dass das Wetter nach einem Unfall eine bestimmte Windrichtung vorherrschen lässt, so kann man einen «Todessektor» vom Unfallort aus über Europa erkennen. Bei Nordwind reicht dieser Sektor (von Norddeutschland aus) bis in die Schweiz hinein (vgl. Karte). Das von unseren Behörden exportierte Wiederaufbereitungsproblem schlüge in die Schweiz zurück, die vielzitierte «kleine Welt» würde sich auf schreckliche Weise bewahrheiten.

Eine weitere ernste Gefahr, welche der Bericht vernachlässigt, ist die Sabotage. Dass der Sicherheit von Nuklearwerken vermehrt Aufmerksamkeit durch die Regierungen geschenkt wird, beweist der Millionenbetrag, den US-Präsident Carter dafür vor kurzem freigegeben hat. Die ständige Gefahr, dass auch kleine Gruppen in einem A-Werk oder einer WAA eine Katastrophe auslösen können, ist nur die eine Seite der tiefgreifenden Folgen, welche sich durch Nuklearkraftwerke auf die Gesellschaft ergeben. Die andere ist der Umstand, dass sich die Regierungen «gezwungen» sehen, diese Gefahr mit einem riesigen Apparat von Polizei und Überwachung zu mindern. Die Sicherung von solchen Anlagen erfordert nicht mehr demokratische, sondern diktatorische Kontrollen.

Atomenergie verlangt starke Regimes

Wie Jürgen Dahl in der philosophischen Zeitschrift «Scheidewege» ausdrückt, ist *«die ‹friedliche Nutzung› der Atomenergie jedenfalls ohne eine grosse Zahl stets durchgeladener Pistolen nicht denkbar»*. Aber nicht allein der Apparat von waffentragender Polizei wird verstärkt werden; ebenso ist es der geheimpolizeiliche Kontrollapparat. Das Wissen um nukleare Technologie wird, durch Polizei geschützt, das Privileg einer kleinen Minderheit von Technokraten; ihre Machtfülle lässt sich nicht mehr durch demokratische Einrichtungen in Schranken halten. Die jüngst bekannt gewordene Bespitzelung des deutschen Atomphysikers Traube ist dafür nur ein kleines Beispiel.

Von den Risiken und Folgen, welche die Nuklearenergie unserer Gesellschaft «beschert», ist die letztgenannte die penetranteste. Kann vielleicht das Unfallrisiko durch eine intensive Sicherheitsforschung unter dem Druck von Forderungen der Bevölkerung gemindert und so eine Katastrophe für die nähere Zeit vermieden werden, so kennt die Errichtung eines politisch-polizeilichen Apparates zum Schutz der gesamten Nukleartechnologie keine Halbwertszeit: Statt sich abzubauen, baut sich dieser Apparat immer weiter auf und aus. Die Vision eines diktatorischen «Atomstaates» (Jungk) ist bereits die Wirklichkeit der nächsten Zukunft.

Ruedi Küng

Wie misst man Radioaktivität?

Die Stärke der Radioaktivität eines Körpers, seine sogenannte Aktivität, wird in *Curie* gemessen. Sie hängt davon ab, wie viele Atome des Körpers pro Sekunde zerfallen (und dabei radioaktive Strahlung aussenden). Bei 1 g Radium zerfallen pro Sek. $3{,}7 \times 10^{10}$ Atome = 1 Curie.

Um anzugeben, wie stark ein Körper radioaktiv bestrahlt worden ist, kann man als Mass diejenige Energiemenge nehmen, die ein Gramm des Körpers aus der radioaktiven Strahlung aufgenommen hat. Dies ist die *Energiedosis*, ihre Einheit ist das *rad*. 1 rad = 100 erg pro Gramm des bestrahlten Körpers (erg ist ein Energiemass).

Wie stark eine aufgenommene Strahlung Organismen schädigt, hängt weniger davon ab, wieviel Energie sie an den Organismus abgegeben hat (der Energiedosis also), als vielmehr davon, wieviel Ionen sie in ihm erzeugt hat (der Ionendosis). Zunächst definiert man die Ionendosis für Röntgenstrahlung: Ihre Einheit 1 *Röntgen* besagt, dass die Strahlung in 1 cm³ Luft eine gewisse Menge elektrischer Ladung (1 elektrostatische Einheit) erzeugt. Die Strahlenschädigung einer beliebigen anderen Strahlung, das *Dosisäquivalent*, wird gemessen in *rem* (roentgen equivalent man); dabei bedeutet die Strahlungsmenge 1 rem dieselbe Schädigung des menschlichen Organismus wie die von 1 Röntgen Röntgenstrahlung.

Lagerungs- und Aufbereitungsprobleme werden verdrängt

Abgeschoben ist nicht aufgehoben

Bis 1990 soll die Schweiz ein Atomgigant mit 8 bis 10 neuen Kernkraftwerken werden. So jedenfalls sieht es das 1973 vom Verband schweizerischer Elektrizitätswerke vorgeschlagene Energieprogramm vor. Auch die eidgenössische Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption mit Michael Kohn, u. a. Verwaltungspräsident der Firma Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, an der Spitze rechnet in ihrem Zwischenbericht fest mit weiteren Atomkraftwerken (AKW) – Baustopp in Kaiseraugst hin oder her. Damit der Löwenanteil des Erdöls am Energiebedarf abgebaut werden könne, müsse die Elektrizitätswirtschaft rund 20 Prozent der Energie liefern und dazu brauche es ausser den in Betrieb stehenden AKWs Beznau und Mühleberg mindestens auch jene von Gösgen (betriebsbereit 1978), Leibstadt (1980) und Kaiseraugst (1982).

Atommüllagerung ungelöst

Die für die Schweiz vorgesehene Atomkraftwerkdichte ist erschreckend. Die Vision wird aber noch bedrohlicher, wenn man feststellt, dass in der gegenwärtigen Energieplanung nicht nur Alternativtechnologien fast völlig vernachlässigt werden, sondern auch nicht einmal die an sich fragwürdige Problemlösung Atomenergie seriös durchdacht wird. Im Klartext: AKWs werden offenbar weiter geplant und gebaut, obwohl wichtige Fragen der Sicherheit erwiesenermassen noch offen, d. h. ungelöst sind: zum Beispiel die Wiederaufbereitung und Lagerung radioaktiver Abfälle.

«Ungelöst» muss nicht «unlösbar» bedeuten, will uns Dr. Weber, technischer Redaktor bei der Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie, weismachen: *«Die Wissenschaftler und Techniker, die sich mit dem Abfall befassen, verschweigen nicht, dass manche Teilprobleme bei seiner Beseitigung noch nicht gelöst sind. Aus diesem Eingeständnis aber abzuleiten, dass die anstehenden Probleme unlösbar seien, wäre etwas voreilig. Bei der Beseitigung der radioaktiven Abfälle ist es nämlich nicht viel anders als etwa bei einer Brücke, die über einen Fluss gebaut werden soll: Auch der Brückenbau ist zunächst für den Ingenieur ein ungelöstes Problem, doch kennt er das Ziel und die Wege dorthin, und daher zweifelt niemand daran, dass er das Problem lösen wird.»* Der Brückenbau wird aber nicht erst in Angriff genommen, wenn sich vor dem Fluss unübersehbare Verkehrsmassen gestaut haben – um in der Sprache dieses entlarvenden Beispiels ungetrübter Fortschrittsgläubigkeit zu sprechen.

Kommt Zeit – kommt Un-Rat

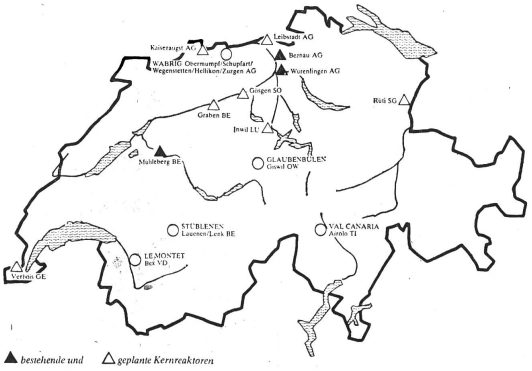
Während man in der Atommüllfrage Lösung um Lösung vorschlägt und als zu riskant wieder verwirft, entstehen in den AKWs Jahr für Jahr mehr Atomabfälle. Ein Atomkraftwerk von 1000 Megawatt elektrischer Leistung (z. B. Gösgen) muss jährlich mehr als 30 Tonnen ausgebrannte radioaktive Uranstäbe ausladen. In diesen Abfällen sind Spaltprodukte enthalten, die Jahrtausende abgeschlossen gelagert werden müssen, dazu kommen noch langlebige sog. Transuranelemente, die Jahrhunderttausende von der Biosphäre getrennt aufbewahrt werden müssen.

Die Schweiz verhält sich gegenwärtig gegenüber diesen Problemen unmenschlichen Ausmasses ausgesprochen chauvinistisch, und zwar sowohl was die Belastung zukünftiger Generationen wie die des «Auslandes» durch Atommüll betrifft. Die Gefahren der Atomabfallagerung werden zeitlich und geographisch «verdrängt».

Das bereits bestehende Atommüllproblem wurde in der Schweiz so lange wie möglich verharmlost, auf jede mögliche Art abgeschoben:

- «Die sehr schwach aktiven flüssigen Abfälle – sog. kontaminierte Abwässer – werden über die SU-Abwasserkontrollkammer in die Aare abgeleitet», berichtet das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung (EIR), Würenlingen.
- Schwach radioaktive Abfälle werden – wie man sich vielleicht aus aufsehenerregenden Berichten über verschiedene Pannen erinnert – seit 1968 alljährlich (Unterbrüche 1970/71) ins Meer versenkt. Der Transport für 1977 ist vorbereitet.
- Für die Lagerung von schwach bis mittel radioaktiven Abfällen in der Schweiz wurden bis vor kurzem lediglich Zwischenlager, nicht Endlager, gesucht; die kommenden Generationen können dann «weitersehen» . . .
- Abfallmaterial von AKWs, das weiter verwertbares Plutonium und Uran enthält, soll in ausländische Wiederaufbereitungsanlagen geführt werden, und was dann noch an (hochradioaktivem!) Material übrigbleibt, möchte man am liebsten dort lassen, wo es ist.

In jedem Fall wollte man für «ungelöste» Probleme Zeit gewinnen: *«Mindestens in diesem Jahrzehnt werden die schweizerischen Kernkraftwerke ausländische Anlagen für diese Aufgabe (Aufbereitung) benutzen, so dass sich so lange für uns keine Lagerprobleme für diese Kategorie (hochaktive Spaltprodukte) der radioaktiven Abfälle stellen.»* (Prof. Dr. math. U. Hochstrasser, Direktor der Abt. für Wissenschaft und Forschung, Eidg. Dept. des Inneren, September 1971)



▲ *bestehende und* △ *geplante Kernreaktoren*

○ *Standorte für Sondierungsbohrungen, für die die Nagra am 30. April 1976 beim Eidg. Amt für Energiewirtschaft Gesuche eingereicht hat.*

Wie arbeitet die Schweizer Atommüllabfuhr?

1959: Bundesrat Petitpierre gibt vor dem Nationalrat bekannt, der Bundesrat habe der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR) den Auftrag erteilt, in der Schweiz einen Platz zu finden, wo man die radioaktiven Abfälle deponieren oder vergraben kann. Getan wurde aber nichts.

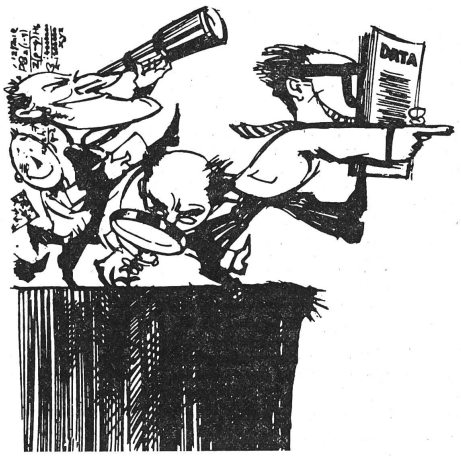
1969: Das Eidg. Amt für Energiewirtschaft erteilt der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) den Auftrag, im Rahmen einer Studie über das Problem des Kernbrennstoffzyklus die Frage der radioaktiven Abfälle aus schweizerischer Sicht zu untersuchen.

1971: Die SVA liefert die Studie ab, es fehlt das im Auftrag enthaltene Kapitel «Radioaktive Abfälle».

1975: In den Expertengesprächen über Kaiseraugst erklären die zuständigen eidgenössischen Chefbeamten das Problem der hochradioaktiven Abfälle für nicht dringend (18. September).

Am *4. Dezember* übergibt das Eidg. Amt für Energiewirtschaft dem Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements einen Bericht *«Radioaktive Abfälle aus der Kernenergiegewinnung»*; er wurde bis *August 76* intern gehalten. Die Bewältigung der Aufgabe in der Schweiz wird darin nur oberflächlich berührt. Die Widerstände in den von den Sondiergesuchen betroffenen Gemeinden werden als das hauptsächliche Problem bezeichnet. Die Beseitigung schwach und mittel aktiver Abfälle böte keine besonderen Schwierigkeiten.

1976: Mit dem Inkrafttreten des neuen Strahlenschutzgesetzes (1. August) ist



Gegen die pronukleare Propaganda

Die Veröffentlichung eines Dokumentes über die Gefahren der Nuklearenergie, begleitet von erklärenden Kommentaren, ist aussergewöhnlich genug, um hervorgehoben zu werden. Beachtung verdient deshalb auch die Studie, welche der «Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.» (BBU) im Januar 1977 über die «Auswirkungen schwerer Unfälle in Wiederaufbereitungsanlagen und Atomkraftwerken» verbreitete.

Der der Studie zugrunde liegende, als vertraulich deklarierte Bericht ist von Bedeutung, weil er nicht von jenen Instanzen, welche in ihrem Sinn die öffentliche Information kontrollieren wollen, manipuliert oder gefiltert worden ist. Die Tatsache, dass er durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte, erhöht nur noch seinen Wert.

Es ist klar, dass ein Kommentar nötig ist, um die Bedeutung der gewonnenen Daten aufzuzeigen und sie ohne Vernebelung in ein richtiges Licht zu stellen. Dies hat der «BBU» korrekt getan; er hat die Daten des Berichts in logisch richtiger Weise erweitert und Schlüsse gezogen, welche die Autoren nicht dargelegt haben oder nicht darzulegen gewagt haben.

Es ist zu hoffen, dass andere Publikationen von gleichem Interesse für die schweizerische Öffentlichkeit verfügbar werden. Diese wird heute zu einseitig informiert. Die einzigen regelmässigen Veröffentlichungen über die Nuklearenergie stammen bei uns von Organisationen, welche direkt an der Entwicklung der Kernenergie interessiert sind und welche über stattliche Mittel verfügen. Dies ist der Fall bei der «Schweizerischen Gesellschaft für Atomenergie», deren Mitglieder die herrschende Politik grösstenteils stillschweigend billigen und dadurch jene Bulletins in starkem Mass finanzieren, die in Tat und Wahrheit Propagandaschriften sind.

Das gleiche trifft auf die «Vereinigung der schweizerischen Elektrizitätswerke» zu, welche sich zum unbestrittenen Champion der elektronuklearen Werke gemacht hat und welche über praktisch unbegrenzte finanzielle Mittel verfügt.

Einzig im Bereich der Überwachung der Radioaktivität stellt der Bericht der KUR (Kommission zur Überwachung der Radioaktivität) ein Dokument dar, das objektiv sein will und das offiziell bestätigt wird. Diese Kommission musste aber hartnäckig um das Recht kämpfen, die Daten über die radioaktiven Emissionen der Atomkraftwerke zu veröffentlichen, Daten, welche eifersüchtig von den Regierungsexperten gehütet werden.

So ziemlich überall dient die Information dazu, die Entwicklung der Kernenergie zu fördern. Das ist auch nicht allzu erstaunlich, denn die Information kommt ja aus jenen grossen Vereinigungen, welche eine grosse Zahl von Spezialisten aufbieten können. Diese sind mehr oder weniger gezwungen, jene Linie zu verfolgen, welche ihnen durch ihre Funktion als Spezialisten aufgedrängt wird.

In diesem Zusammenhang können auch die verschiedenen nationalen Gremien über Atomenergie genannt werden, die internationalen Atomgesellschaften, welche ihre Delegierten massenweise an Kongresse entsenden, wo sie das Spiel der führenden Kräfte spielen und die beschwichtigenden halboffiziellen Erklärungen unterstützen. Diese Erklärungen finden dann ihr Echo im Chor der Medien. In den USA wurde die Atom Energy Commission zu einem wahren Staat im Staat – wie das EDF in Frankreich – und musste ersetzt werden: so sehr hatte sie ihre Beschwichtigungspropaganda übertrieben.

Es muss hier auch gesagt werden, dass jede offene Information, welche in den Zeitungen unseres Landes erscheint, von einem oder zwei Propagandisten, welche sich allzusehr mit dem Eidg. Institut für Reaktorforschung identifizieren, aufgenommen und lächerlich gemacht wird. Es scheint, dass die Mittel dafür zurzeit unbegrenzt sind.

Es ist unerlässlich, dass sich die unabhängige und freie Kritik der Nuklearenergie immer stärker vereinigt, um mit allen möglichen Mitteln der pronuklearen Propaganda entgegenzuwirken, welche so weise orchestriert ist.

Prof. J. Rossel

(Aus dem Franz. übersetzt.)

neue Verwirrung darüber entstanden, wer nun für die radioaktiven Abfälle verschiedener Stärken aus der Energiegewinnung zuständig ist. Die Gesuchsteller für Atomkraftwerke scheinen es nicht zu sein.

Trotz Verniedlichung (oft durch Verakademisierung) der Schwierigkeiten bei der Lagerung radioaktiver – und besonders hochaktiver – Stoffe wächst also das Misstrauen und der Widerstand der Bevölkerung, die man ungefragt zur direkt Betroffenen macht.

Gemeinden übergangen

Die von der Nagra für Sondierungsbohrungen ausgewählten Gemeinden befremdet vor allem das selbstherrliche Vorgehen dieser vom Bund eingesetzten Kommission zur Abklärung von geeigneten Standorten für die Lagerung radioaktiver Abfälle. Nicht genug, dass die Schweiz mit der Lösung «Atomabfallagerung in Anhydrit-Gestein» (als sicherer gelten Salzbergwerke) heute einsam dasteht. Die Öffentlichkeit – und besonders die Bevölkerung von Wabrig AG, Val Canaria (Airolo TI), Glaubenbüelen (Giswil OW), Stüblenen (Lauenen, Lenk BE) und Le Montet (Bex VD), bei denen nach «günstigen» Lagerorten gebohrt werden soll – wurde zusätzlich verunsichert durch die Frage: Sucht die Nagra wirklich nur nach (Zwischen-)Lagern für schwach bis mittel aktive Abfälle, auch wenn sie vom Bund den Auftrag erhalten hat, Endlager auszumachen und dabei hochradioaktive Stoffe nicht auszuschliessen. Und wie ist es mit der geplanten Atommüllagerung zu vereinbaren, dass die fünf genannten Standorte erster Wahl neben bzw. unmittelbar an Erdbebenherden der Schweiz liegen?

Die Nagra stösst jedenfalls schon mit ihren Sondierungsprojekten allseits auf Opposition, was nicht zuletzt auf ihre irreführende Informationspolitik zurückzuführen ist und auf ihr mehr oder weniger offensichtliches Umgehen der Kommunalbehörden. Die vom Bund beauftragte Nagra geht technokratisch vor, ohne Einbezug des Wissens von Einheimischen und notfalls gegen ihren Willen. Sie handelt unter dem Druck des Auslandes (z. B. der BRD), das jedes Land für seine eigene Atommüllaufbereitung und -lagerung verantwortlich machen will, und erlebt nun auf lokaler Ebene eine Wiederholung des «Gefahrenexports».

Die Bevölkerung lehnt Atomlagerungen in der Nähe ab, weil sie ungefragt Risiken übernehmen soll, die niemand recht abschätzen kann. Die Experten hingegen schieben den Atommüll ab, weil sie damit die Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung radioaktiver Abfälle länger «ungelöst, aber nicht unlösbar» in der Schwebe halten können.

Gerade bezüglich der Wiederaufbereitungsanlagen und der daraus abfallenden hochradioaktiven Stoffe hat sich die Schweiz die Sache leichtgemacht. Das Amt für Energiewirtschaft nennt *«die Beteiligung der Schweiz an zu planenden und zu betreibenden regionalen und multinationalen Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe»* in seiner Dringlichkeitsliste an letzter Stelle. Das Problem der Wiederaufbereitung und der Rücknahme von hochradioaktiven Stoffen lag z. B. für Bundesrat Ritschard vor Jahresfrist (17. Juni 75 vor dem Nationalrat) noch

in «ferner Zukunft». Mittlerweile ist es drängende Realität geworden, denn Dr. W. J. Schmidt vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (Bonn) hielt an der letzten GV der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie ausdrücklich fest: *«Zum mindesten mittelfristig wird kein Land bereit und in der Lage sein, die Aufarbeitung und Abfallbehandlung auch für andere zu übernehmen.»*

Die Schweizer Atomwirtschafter sind für ihre Abfälle selbst verantwortlich. Doch das Atomgesetz enthält über die Bewältigung der radioaktiven Abfälle keine ausdrücklichen Bestimmungen. Sie sind zwar der Bewilligungspflicht (Art. 4, Absatz 1, b, c) und der Bewilligungsbeurteilung (Art. 7) unterstellt, doch die Gesuchsteller und die Atomkraftwerkbetreiber verfügten und verfügen weder über Endlager für ihre schwach bis mittel aktiven Abfälle noch über ausreichende Verträge mit dem Ausland zur Bewältigung der aus den Wiederaufbereitungsanlagen abfallenden hochradioaktiven Stoffe (Brennelemente). Die Bundesbehörden haben trotz dieser Hauptmängel und in Missachtung des Art. 7 des Atomgesetzes Bewilligungen für Standort, Bau und Betrieb erteilt. Auch im neuen Bundesbeschluss-Entwurf zum Atomgesetz, der jetzt in Vernehmlassung ist, wird an eine Kraftwerkbewilligung nicht die Bedingung geknüpft, dass die gefahrlose Beseitigung der radioaktiven Abfälle garantiert sein muss.

Nationale Abfallhalden?

Die europäische Wiederaufbereitungskapazitätskapazität für Atomabfall wird bei der gegenwärtigen Reaktorbau-Geschwindigkeit nie ganz ausreichen. Es gibt Wartezeiten, vorläufige Lagerungsorte. Noch geringer aber als die Kapazität der Wiederaufbereitungsanlagen (mit denen hofft man immerhin noch Geld zu machen) ist die Bereitschaft, den abfallenden hochradioaktiven Atommüll gleich «daneben» zu lagern. Auch die Schweiz wird schliesslich auf ihrem Atomdreck sitzenbleiben:

- Die einzige auf der Welt laufende Anlage (ausser Forschungsstationen), welche Uranoxid, d. h. die Brennelemente des meistverbreiteten Typs der Leichtwasserreaktoren, verarbeitet, steht in La Hague, Frankreich, im Probelauf. Hochradioaktive Spaltprodukte des Atomkraftwerks Mühleberg werden dort verarbeitet und vorläufig auch gelagert.
- Grossbritannien plant für die 80er Jahre den Ausbau des Windscale-Kernkraftwerkes zu einem internationalen Zentrum für Atommüllwiederaufbereitung, will Verträge mit ausländischen Lieferanten allerdings nur unter der Bedingung abschliessen, dass der Auftraggeber die verfestigten hochradioaktiven Rückstände wieder zurücknimmt.
- Die Kapazitäten der deutschen Aufbereitungsprojekte – die erste Anlage ist auf 1985 geplant – werden (sofern man sie verwirklicht) gerade ausreichen, den Brennelementanfall der BRD bis Ende 80er Jahre zu bewältigen. Im besten Fall kämen noch gewisse ausländische Werke, welche die deutsche Atomkraftwerkindustrie geliefert hat, dazu – was für die Schweiz nur auf Gösgen zutreffen würde.

Der Export des Atomabfallproblems wird für die Schweiz Jahr für Jahr schwieriger; denn Proteste und Widerstände gegen Atomenergiepläne werden in allen Ländern härter. Das technische und erst recht das politische Risiko von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen kann durch wissenschaftliche Expertisen – wie der Bericht aus der BRD zeigt – auf die Dauer kaum heruntergespielt werden. Oder wie es deutsche Journalisten mit angemessenerer Dramatik formulierten: *«Wir haben uns sozusagen in eine Rakete setzen lassen, deren Steuermechanismus nicht fertig ist und die noch keinen Landeplatz gefunden hat. Aber die Rakete fliegt schon!»*

Liselotte Suter

*

Wir haben auch das Eidg. Institut für Reaktorforschung in Würenlingen um eine Stellungnahme zu dieser Studie gebeten. Dr. W. Seifritz liess uns darauf ein Manuskript zukommen, welches er gleichzeitig dem Pressedienst Dr. Farner schickte. Die «NZZ» druckte denn auch diese Stellungnahme voll ab. Dr. Seifritz berücksichtigte darin allerdings nur die Studie des Instituts für Reaktorsicherheit, nicht aber den erweiterten Bericht des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. Er vertritt dabei auch die von den IRS-Wissenschaftern vertretene Auffassung, ihre Annahmen würden immer den schlimmsten Fall berücksichtigen. Für eine neue Stellungnahme fehlte Dr. Seifritz, da er abwesend war, leider die Zeit.

Verwendete Literatur

- *«Die Auswirkungen schwerer Unfälle in Wiederaufbereitungsanlagen und Atomkraftwerken»:* Abdruck und Interpretation zweier vertraulicher Studien des Instituts für Reaktorsicherheit vom August und November 76. Herausgeber: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Diese Studie ist für 5 Franken erhältlich beim: Gottlieb-Duttweiler-Institut für wirtschaftliche und soziale Studien, 8803 Rüschlikon.
- *«Radioaktive Abfälle – Hokus Pokus Verschwindibus»:* Eine Dokumentation über die Problematik der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz. Herausgeber: Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft, Nov. 76. Diese Dokumentation kann durch Voreinzahlung auf PC FoW, 40-4729, Basel, für 9 Franken (inkl. Versand) erworben werden. Wir stützten uns im Artikel «Abgeschoben ist nicht aufgehoben» ganz wesentlich auf diese von Konradin Kreuzer zusammengestellte Dokumentation.
- Die Broschüre «Kein KKW in Brokdorf» und H. Strohm (Hrsg.), Das Risiko Kernenergie (Verlag Association), Hamburg 1975. Aus der Reihe *Politische Ökologie. Materialien zu Umwelt und Gesellschaft* (Hrsg. Holger Strohm) stammen die nicht namentlich bezeichneten Karikaturen.

Nagra Kadabra

Nagra ist die geheimnisvolle Abkürzung für «Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle». Die Nagra ist am 4. Dezember 1972 gegründet worden. Neben der führenden Elektrizitätswirtschaft (Berner und Nordostschweizer Kraftwerke, Elektrowatt, Kernkraftwerk Gösgen-Däniken, Motor Columbus . . .) ist auch der Bund Mitglied, vertreten durch das Eidg. Amt für Energiewirtschaft, das sich später vom Eidg. Gesundheitsamt ablösen liess.

Den Auftrag, in der Schweiz Endlagerplätze zu finden und einzurichten, zunächst für schwach- und mittel-, dann auch für hochradioaktive Abfälle, hat die Nagra 1972 vom Bund erhalten. Da der Auftrag – in Unkenntnis der Strukturen und der Eignung der für die Lagerung vorgeschlagenen Gesteinsformation Anhydrit – für die Nagra nicht ausführbar war, hat sie den Auftrag dahingehend abgewandelt, dass sie nun nicht nach Endlagern, sondern nach Zwischenlagern sucht.

Die Nagra ist zu 30 Prozent am «Konsortium Untertagsspeicher» beteiligt, ein Unternehmen, das die Sondierungsbohrungen für Atommüll-Lagerplätze ausführt. Die Gesuche für diese Sondierungen werden direkt beim Bund eingereicht, weil sie unter «Atomanlagen gemäss Atomgesetz» fallen. Der Bund wiederum ist Auftraggeber und Mitglied der Nagra . . . Die Gemeinden sind aus diesem erlesenen Kreis ausgeschlossen.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Glitsch

Glitsch ist die neue Zeitschrift, die sich der glitschigen Seite des Kulturtreibens annimmt. Glitsch sorgt dafür, dass wir von den kulturellen Multis und internationalen Kunstkrämern nicht eingeseift werden. Glitsch kämpft darum, dass uns die Produktion und Distribution nationaler Kulturgüter nicht entgleitet. Glitsch mindert die zeitgenössische Entfremdung und macht glücklich. Glitsch putscht die vom weltweiten käuflichen Freizeitprogramm Vergelsterten auf. Glitsch muss auf den Tisch! Zu beziehen bei: Red. Glitsch, Postfach 663, 8025 Zürich (Mitarbeiter sind willkommen)

«Rote Perspektiven»

«Zur psychischen Lage der Studenten» – unter diesem Titel hat der Marxistische Studentenverband (MSV) vor kurzem die dritte Nummer seines Organs «Rote Perspektiven» vorgelegt. Damit greift er ein heisses Eisen auf, das bisher viel zuwenig im politischen Blickpunkt gestanden hat. Der starke Einfluss der sich ständig verschlechternden sozialökonomischen Lage der Studenten und der unbefriedigenden Studienbedingungen an unsern Hochschulen auf die psychische Lage der Studenten wird dargelegt.

Die Broschüre ist gegen Einsendung von 2 Fr. in Briefmarken erhältlich beim: MSV, Postfach 232, 8042 Zürich, oder beim MSV, Postfach, 4007 Bern.

Kulturmagazin 1

Die erste Nummer des mit Spannung erwarteten schweizerischen «Kulturmagazins» ist da mit Beiträgen zum Theater am Neumarkt, zur Thearena-Kulturoase, zu Schweizer Filme(r)n und Büchern und mit vielen «internationalen» Themen wie das Gespräch mit Franz Xaver Kroetz, der Aufsatz über die Musikszene Kuba oder über eine Faschismus-Ausstellung in West-Berlin. Den Schwerpunkt des ersten Heftes bilden die reich illustrierten Seiten über «Clemens Moreau – Volksverbundenheit». Eine wichtige Ergänzung sind die Kurzstoffe: die Kulturnotizen und die Veranstaltungshinweise, die allerdings bei dem alle zwei Monate erscheinenden «Kulturmagazin» schwer auf den letzten Stand zu bringen sind.

Adressaten des Magazins sind nicht in erster Linie die Kulturwissenschafter. Das «Kulturmagazin» möchte eine breite demokratische Öffentlichkeit ansprechen und aktivieren, es will «ein Forum für die aktuellen kunst- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen bilden».

Eine Einzelnummer von «Kulturmagazin. Demokratische Kunst und Politik» kostet 4.50 Fr. Das Jahresabonnement für sechs Nummern in fünf Heften (im Sommer erscheint eine Doppelnummer) ist für 18 Fr. zu beziehen bei: «Kulturmagazin», Postfach 3188, 3000 Bern 7.

Arbeitsgruppe Rüstungsindustrie sucht Mitarbeiter

Folgende Probleme werden untersucht:

1976 ist nach Angaben des EMD für rund 491 Millionen Fr. Kriegsmaterial ausgeführt worden. Dies bedeutet gegenüber 1974 (236 Millionen Fr.) eine Zunahme von über 100%.

Das Kriegsmaterialgesetz, das Waffenlieferungen verbietet in Krisen- und Spannungsgebiete und in Länder, die die Menschenrechte missachten, wird ständig verletzt. (Lieferungen nach Persien, Spanien usw.)

Das Geld für die Aufrüstung geht verloren, und es fehlt zur Schaffung neuer und sinnvoller Arbeitsplätze. Eine starke Rüstungsindustrie bedeutet über kurz oder lang: Arbeitslosigkeit.

Die exportierten Kriegsgeräte kommen wieder zum Einsatz (Biafra, Chile usw.).

85% der Schweizer Bevölkerung ist der Meinung, man könne am ehesten bei den Militärausgaben sparen. (Umfrage der Universität Bern)

Wer sich für diese Fragen interessiert, ist herzlich eingeladen, an unserer Arbeitsgruppe teilzunehmen. Kontaktadresse: Gartenhofstrasse 7, 8004 Zürich, Tel. (01) 39 22 93.

Windscale oder die freie Atomwirtschaft

London, 16. Februar: Seit drei Jahren versuchen die Briten einen langfristigen Auftrag zur Wiederaufbereitung von japanischem Atommüll zu kriegen. Die Atomkraftindustrie in Grossbritannien, obwohl 27 Jahre alt, spielt keine so wesentliche Rolle in der Energieversorgung dort. Seit Jahren werden keine KKWs mehr gebaut – das Geld dafür ist nicht vorhanden. Aber was die britische Regierung immer mehr interessiert, ist die Möglichkeit, ihr Windscale-KK-Zentrum zum internationalen Zentrum für Atommüll auszubauen – weil mit dieser wichtigen Dienstleistung Geld zu verdienen ist. Die chronische wirtschaftliche Schwäche Grossbritanniens bewegt sogar angebliche Linke innerhalb der Regierung wie Wedgwood Benn (Befürworter von Arbeiterkontrolle durch die Gewerkschaften), das Geschäft mit dem Atommüll aktiv zu unterstützen.

Zuerst sah es so aus, als ob das 1,6-Milliarden-Geschäft mit den Japanern lautlos über die Bühne gehen würde, aber während der letzten sechs Monate hat sich eine Opposition zur Kernenergie innerhalb der Labour Party selbst gebildet. Diese Oppositionsgruppe fordert eine öffentliche Untersuchung und Diskussion vor der Genehmigung der zweiten Phase des Windscale-Projekts, dem Ausbau der Wiederaufbereitungsanlage. Es ist fast sicher, dass diese öffentliche Untersuchung stattfinden wird, was gleichzeitig die Eröffnung der Debatte über Kernenergie insgesamt bedeutet. Dies ist den Japanern zu riskant, und deshalb haben sie Verhandlungen mit den Franzosen aufgenommen. (Frankreich besitzt Europas zweite Wiederaufbereitungsanlage in La Hague bei Cherbourg.) Im Moment spielt sich ein schmutziger makabrer Kampf um den japanischen Müll zwischen Grossbritannien und Frankreich ab. Ob Frankreich oder Grossbritannien: ab 1979 werden 1635 Tonnen japanischer Atommüll unterwegs sein zwischen Japan und Europa.

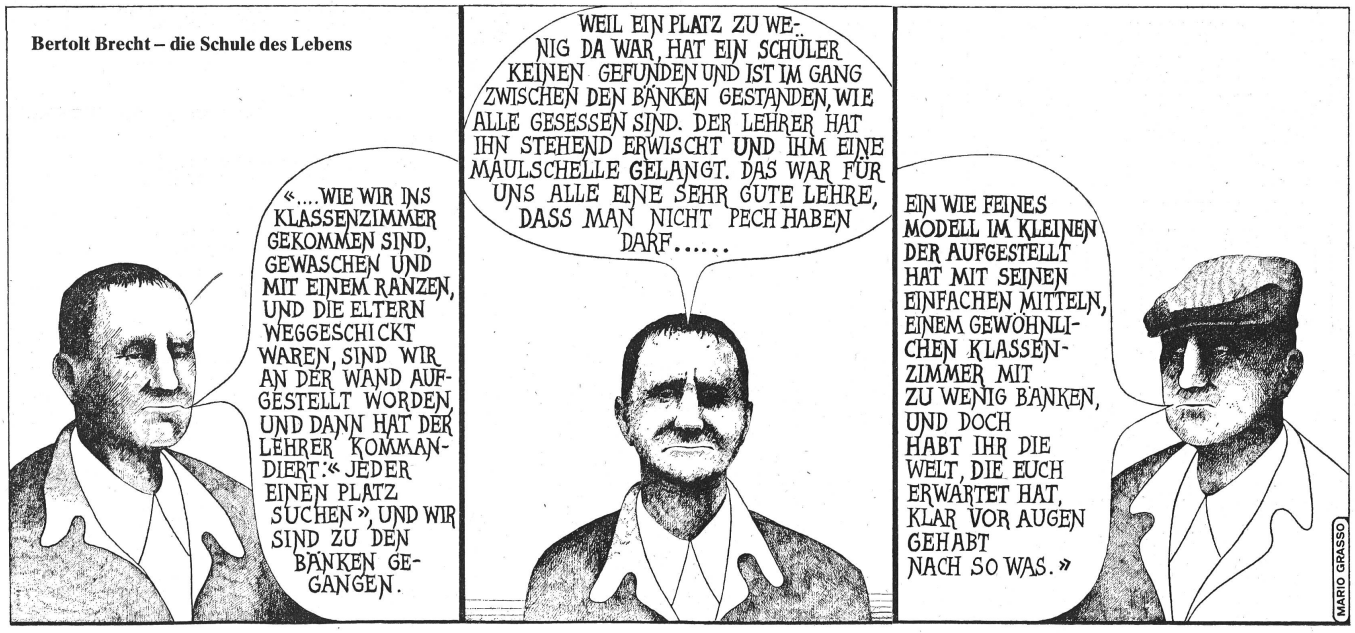
*

Im Kernkraftwerk Windscale wird seit mehr als einem Monat gestreikt. Ausgangspunkt des Arbeitskonflikts war, dass die Arbeiter, die in den Umkleidekabinen arbeiten und die Schutzkleidung einsammeln, mehr Geld forderten und die Geschäftsleitung auf die besonderen Gefahren ihrer Arbeit aufmerksam machten.

Windscale, 24. Februar: Der Streik beim KKW-Zentrum Windscale dauert immer noch an. Am Anfang der fünften Woche des Streiks mussten vier von den fünf Reaktoren stillgelegt werden. Um das Sicherheitssystem in Betrieb zu halten, muss die British Nuclear Fuels (staatlicher Besitzer des KKW-Zentrums) Strom vom regionalen Elektrizitätswerk kaufen.

(aus id Nr. 166/167)

Bertolt Brecht – die Schule des Lebens



Ein Dorf diskutiert die Abtreibung

Fortsetzung von Seite 1

dann nichts mehr wissen. Das ist, glaube ich, das allerschlimmste. Da sagte sie sich, das will ich nicht mehr durchmachen, und hat geheiratet. Ihr könnt denken, es ist nicht gut herausgekommen, sie hat dann noch ein Kind gehabt. Man hat sie jetzt trotzdem scheiden müssen. Sie ist jetzt vielleicht 23 oder 24.»

Frau H: «Also ich könnte mir nicht vorstellen, dass ich ein Kind austrage und dieses nachher fortgebe. Was bedeutet dies für eine Frau, die das machen muss?»

Frau N: «Das Problem ist noch nicht gelöst, wenn man ein Kind abgibt. Eben, die Mutter kann seelisch soviel darunter leiden wie unter einer Abtreibung.»

Frau L (10 Kinder): «Warum müssen immer die Frauen leiden in der Abtreiberei? Sollen die Männer doch auch ein-

«Warum müssen immer die Frauen leiden in der Abtreiberei?»

mal ein Opfer bringen. Das dünkt mich einfach nicht recht, dass eine Frau so darunter leiden muss, so etwas mitmachen, und die Männer haben dann das Vergnügen und können wieder drauf. Das geht ja zu wie in einem Gizzistall. Ja, das ist so. Die Männer haben das Vergnügen, und die Frauen sollen dann das Zeugs da haben.»

Herr I: «Mich würde interessieren, was die Dunkelziffer ist für Abtreibungen in der Schweiz. – Und dann, wenn ich eine Tochter hätte, die auch abtreiben möchte, dann müsste man sagen, ja, ich nehme das Kind. Aber wenn sie jetzt Angst hätte und gleichwohl abtreiben will, dann müsste ich sagen, ja Gopfriedstutz, soll sie jetzt zu einem Kurpfuscher oder zu einem Arzt? Wenn man annimmt, dass vielleicht 20 000–30 000 dunkel abtreiben, mit Studenten im ersten Semester oder bei Frauen, die mit Stricknadeln und was man sonst noch so liest ... weiss der Kuckuck, dann würde ich doch lieber sagen, man soll diesen Frauen wenigstens eine richtige ärztliche Behandlung geben, denen, die unbedingt wollen. Aber ich sage immer, ich würde nie abtreiben. Weil ich dies nicht vereinbaren könnte mit meinem Gewissen.»

Frau D: «Dies ist einer der Punkte, die die Misere in der Schweiz ausmachen. Was wir haben, ist eine legalisierte Erniedrigung der Frauen. Die Frauen, wel-

«Was wir haben, ist eine legalisierte Erniedrigung der Frauen.»

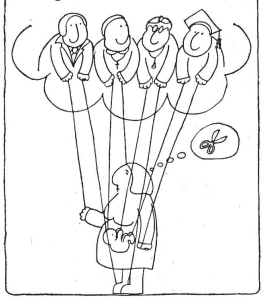
che an einem günstigen Ort wohnen, beispielsweise in der Stadt Zürich, und diejenigen, die einen gewissen Grad an Bildung haben, wissen schon, wo sie hingehen müssen, um gut, ungefährlich und zudem zu einem günstigen Preis eine solche Abtreibung machen zu können. Aber wenn man beispielsweise in der Innerschweiz wohnt und vielleicht nicht bemittelt ist, dann wird man es unter Umständen viel schwieriger haben.»

Frau E: «Ich finde, auch in der Schweiz sollte ein Gesetz geschaffen werden, dass jeder, sei es eine Frau oder ein Mann, selber bestimmen könnte, ohne dass man zu einem Psychiater gehen müsste. Wer das Geld dabei macht, ist wirklich der Psychiater. Der knöpft einem 400 oder 500 Franken ab, ich weiss nicht so genau, und wenn die Frau die Abtreibung wirklich will, wird sie alle Mittel einsetzen. Deshalb sage ich mir, in der Schweiz, wo wir eigentlich immer sagen, wir sind ein freier Staat, sollte einfach auch das freigegeben werden. Jeder sollte frei entscheiden können, ob ja oder nein.»

Frau R: «Es ist doch einfach erwiesen, dass in dem Moment, in dem die Zeugung stattgefunden hat, der Mensch lebt und schon eine Persönlichkeit ist. Mich dünkt dies furchtbar, wenn man über diese Menschen einfach so brutal entscheidet. Wenn die Abtreibung einmal wirklich freigegeben wird, so wird es kommen wie in Amerika, dass es einen Massenmord gibt. Dies hatten wir während dem Krieg, dem letzten, dass keine Rücksicht auf Menschenleben genommen wurde, sondern dass man massenweise Menschen vernichtet hat. Und das ist der junge Mensch.»

Frau D: «Es ist falsch, wenn auf dieser

Wem gehört der Bauch dieser Frau?



Seite die sitzen, die sagen, es gibt keine Abtreibung, und sagen, wir machen Propaganda für die Abtreibung. Man sollte einfach die persönliche Meinung zurückstellen können und den Frauen, die schwanger werden und das Gefühl haben, sie könnten es nicht durchstehen und dem Kind kein gutes Leben bieten, dass diese sich frei entscheiden können. Abtreibung ist wirklich keine Lösung, sondern eine Notlösung.»

Frau L (Altersheim): «Ich glaube, dass ein Mädchen, das ein Kind bekommt, weniger belastet ist als eine, die abtreibt. Das ist nämlich eine Belastung fürs Leben, und viele landen in der psychiatrischen Klinik, und ich glaube für Ärzte und Schwestern, die mithelfen, genauso.»

Herr A: «Ich möchte doch noch einen wichtigen Aspekt erwähnen, der bisher nicht berührt worden ist: die bevölkerungspolitischen Auswirkungen einer Liberalisierung der Abtreibung. Heute steht bereits der ganz massive Geburtenrückgang fest, den wir haben. Im Jahr 63 hatten wir noch 86 000 lebendgeborene Schweizer Kinder, und im Jahr 1975 hatten wir 53 000. Dem stehen 22 000 legale Abtreibungen gegenüber. Denken Sie an die Konsequenzen, die die Legalisierung der Abtreibung wirklich hat. Denken Sie an die Schweizer Armee, denken Sie an die Probleme unserer Sozialwerte, an die AHV, IV usw. Ja, wir hätten auch alle gern einmal eine Rente aus der AHV, sind wir dann bereit, einmal höhere Beiträge wirklich zu bezahlen? Es gibt Berechnungen, dass in den nächsten Jahrzehnten einige 10 000 Rentner mehr kommen. Das braucht doch Kapital. Das muss von jemandem bezahlt werden!»

Zwischenrufe: «Von den Frauen?»

Herr U (Arzt): «Das Ganze, warum wir heute so weit sind, das Ganze kommt von einer furchtbaren sexuellen Verluderung. Von der Wohlstandsgesellschaft. Früher hat es das nicht gegeben. Ich möchte nur sagen, 300 oder 400 v. Chr. haben die griechischen Ärzte im Eid des Hippokrates schwören müssen, sie würden nie eine Schwangerschaft unterbrechen. Und danach ist das Christentum gekommen. Es hat geheissen, du darfst nicht töten. 2000 Jahre später wird getötet. Ständig und ständig wieder. – Früher hatte man noch das Gefühl für Sauberkeit, heute nicht mehr.»

Herr M: «Dass es früher viel besser gewesen sei als heute? Vielleicht hat es früher auch eine grössere Dunkelziffer gegeben als heute. Aber unsere Gesellschaft ist so strukturiert, dass sie erwünschte Kinder, die in geordneten Verhältnissen auf die Welt gekommen

«Bei der Entscheidung zur Abtreibung spielt doch auch die Angst um das Kind mit.»

sind, einfach viel vorbehaltloser akzeptiert als andere, die eben ausserehelich geboren worden sind. Da sehe ich einen grossen Fehler: Wenn sich unsere Gesellschaft bereit erklären könnte, jedes Kind – egal wie es geboren worden ist – anzunehmen und es aufzunehmen, dann würde es sicher weniger Abtreibungen, auch illegale, geben, als es heute der Fall ist.

Bei einer Abtreibung, bei der Entscheidung zu einer Abtreibung spielt doch auch die Angst für das Kind mit.»

*

«das konzept» hat im Februar und März 1975 Berichte von Schweizer Frauen abgedruckt, die abgetrieben haben. Die Reportagen sind ergänzt mit praktischen Hinweisen über Empfängnisverhütung, wobei auch das Problem der Sterilisation mit Erfahrungsberichten dokumentiert wird. Da die Nummern vergriffen sind, wurde ein Sonderdruck angefertigt, der gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich ist. «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Fraue-Zitig Nr. 6

«Wir Mütter» heisst die sechste Zeitung der autonomen Frauenbefreiungsbewegung (FBB) Zürich. Sie bringt Beiträge zu «Schwangerschaft und Geburt», «mit Kindern leben» und stellt sehr ausführlich und verständlich das heute geltende und das neue Kindsrecht vor. «Und gebt uns unser täglich Geld» behandelt die Schwierigkeiten mit der Alimentenzahlung. Die Zeitung ist von der Mütter-

gruppe der FBB zusammengestellt worden, welche die Erfahrung machten, dass das Thema «Mutter und Kind» in der Frauenbewegung fast tabu war: «Von nun an gehört Mutter-Sein *auch* zur Frauenbewegung», meinen sie im Editorial. Die «Fraue-Zitig» enthält neben dem Hauptthema wie gewohnt viele Informationen über Organisationen, Publikationen und Veranstaltungen der Frauenbewegung.

Wer die «Fraue-Zitig» nicht für 3 Franken in der Buchhandlung kaufen will oder kann – sie ist jeweils recht schnell vergriffen –, kann sie auch abonnieren: 4 Nummern kosten 12 Franken (Unterstützungsabo 20 Franken) bei: Angela Koller, Spitalgasse 8, 8001 Zürich. Einzahlungen auf PC 80-49646.

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten

alles drucken wir
zu äusserst günstigen Preisen
ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Nina's Jazz + Blues

Plattenladen an der
Universitätstr. 116
in Zürich. Tel. 28 86 00

Offen von 10.00 bis 18.30
Montags geschlossen

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Bei uns erhalten Sie erotische
Filme und Magazine
(auch homophile) besonders günstig. Schreiben Sie mit Altersangabe an den Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01/27 77 27

Bei Nachbestellung von alten Nummern bitte Fr. 1.50 in Briefmarken beilegen (40er-Marken).

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonniertalon in dieser Nummer.

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIATS- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- **GÜNSTIGSTE PREISE** (z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.!)
- **KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!**
- **ERSTKLASSIGE QUALITÄT!**
- **INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!**

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

Verdrängtes Wissen
660 Zitate zu 66 Thesen

Ein Lesebuch für freie und offene Menschen, zusammengestellt von einem Schweizer Lehrer (140 Seiten), zu beziehen zu 10 Fr. durch:
Buch 2000, Postfach
8910 Affoltern

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

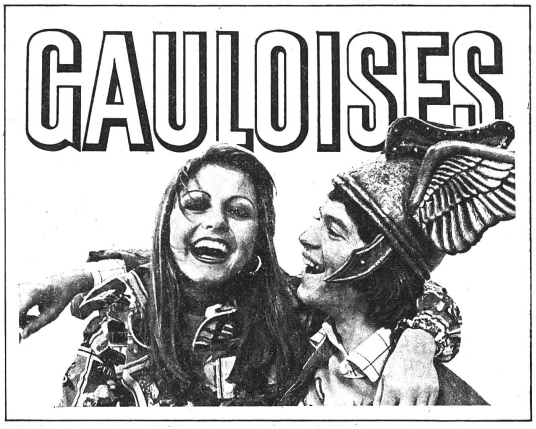
Ein Sprachkurs, der sich lohnt:
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Auskunft durch:
O.I.S.E., 13A High St., Oxford, G.B.
Tel. 47272, Telex 837665

DISSERTATIONEN
druckt exzellent
von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.85
300	4.25

Angebot anfordern

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung
Raster billigst!



Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
deyo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 25 73 12

Wer besorgt Ihnen auch ausgefallene u. fremdsprachige Titel?
Natürlich Ihr Buchhändler

COPY-CORNER
FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780
FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER
(xerographisches Verfahren)

mit LEGI — 20 Rappen/Stck. — 15 Rappen/Stck.

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO–FR 08.30–18.30 SA 10.00–13.00

Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50–4.50

Die Tendenzwende von einer «Planung der grossen Schritte» zur «Planung der kleinen Schritte»

Was passiert mit unseren Städten im «Nullwachstum»?

Die Entwicklung unserer Städte ist in den letzten Jahren Gesetzmässigkeiten gefolgt, die sich nicht nach den Bedürfnissen der darin lebenden Menschen orientierten, sondern nach jenen einer expandierenden Wirtschaft. Rentabilität und quantitatives Wachstum wurden zum obersten Gesetz erhoben; was dem im Weg stand, wurde verdrängt oder schlicht überfahren. Die Stadtplanung – von einem «Städtebau» kann längst keine Rede mehr sein – beschränkte sich darauf, die Voraussetzungen für das Wachstum zu sichern: Strassen zu bauen, Ausnützungen zu erhöhen, Grundstücke zusammenzulegen und vielleicht noch Erholungszonen zur Regeneration der arbeitenden Bevölkerung auszuscheiden. – Inzwischen ist die wirtschaftliche Rezession eingetreten. Das Wachstum ist, zumindest scheinbar, zum Stillstand gekommen. Bedeutet das nun auch eine Tendenzwende in der Planung? Ist der wirtschaftliche Druck von unseren Städten und Dörfern gewichen? Gibt es einen Städtebau im «Nullwachstum»? Dieser Frage gehen im folgenden Artikel die beiden Städtebau-Fachleute Lucius Burckhardt und Rainer Meyfahrt nach.

Seit Kriegsende haben wir uns daran gewöhnt, im Wirtschafts*wachstum* und in der Bevölkerungs*zunahme* den Fortschritt zu sehen. Wir haben uns schliesslich auch daran gewöhnt zu glauben, dass Planung nicht nur notwendiges Übel sei, sondern den Fortschritt begünstige. Von der Dimensionierung einer Strasse oder eines Schulhauses bis hinauf zu den Problemen der Landesplanung orientierte sich unser Verhalten an den aufwärtsstrebenden Kurven der Prognosen. Wer als weitsichtig gelten wollte, der griff zu hohen Zahlen, redete von der Schweiz der 10 Mio. Einwohner und von Zuständen, bei welchen jeder Einwohner jährlich eine Warenmenge umsetzt, die 100 000 heutige Franken entspricht.

Die Planungstrümmer dieses Denkens stehen weit gestreut im Lande herum, die Konkurse «weitsichtiger» Privatleute sind hängig. «Weitsichtige» Behörden sind zwar von einer direkten Verantwortung entlastet; ihre Fehlentscheidungen erzeugen aber im Volke einen Stimmungsumschwung, der aller weiteren Planung abhold ist.

Bedeutet also «Nullwachstum» – selbst das Wort zeugt vom ungebrochenen Glauben an die Notwendigkeit des Wachstums – eine Gefahr für geplantes Handeln und ein Wiederherstellen des «laissez faire» in der Stadtentwicklung? Oder ist es die Chance einer Planung ohne Zeitdruck der Entwicklung, einer Planung der alternativen kleinen Schritte?

Folgen des Wachstums

Dass es mit dem Bevölkerungswachstum, der Schweiz der 10 Mio., dem Zeithorizont 2, dem Vollausbau und all den schönen Requisiten unserer Orts-, Regional- und Landesplanung so dringlich nicht sei, diese Einsicht stellte sich bei den Lenkungsgremien spät ein. Um das Versagen der Bevölkerungsprognostiker zu verstecken, sprach man vom Pillenknick. Hätte man die Entwicklung des Altersaufbaues unserer Bevölkerung etwas genauer angesehen und sich zudem über das Fortpflanzungsverhalten entwickelter Nationen wie Schweden und Nordamerika orientiert, so hätte man schon längst vor der Pille den bevorstehenden Knick erkennen können.

Was das Wirtschaftswachstum anbelangt, so hat im Herbst 1973 die Ölkrise Ungleichheiten aufgedeckt, die schon lange verborgen angelegt waren; hier sind die Fehlprognosen der Nationalökonomen weniger erstaunlich als die Tatsache, dass selbst alte Routiniers unseres Wirtschaftslebens die Lehren des guten Hausvaters vergessen hatten.

Das breite Publikum verfolgt den Gang der Ereignisse seit 1973 mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Wohl hatte es sich gerne an den Früchten des Aufschwungs nach dem Kriege beteiligt, wohl konnte Herr Jedermann vom Fahrrad auf das Auto, vom Schrebergarten auf Hotelferien umsteigen. Jedoch hatten sich seit einiger Zeit die Folgen des Wachstums bemerkbar gemacht: die nicht mehr abreissenden Ströme der Lastwagen waren zwar von einer «weitblickenden» Stadtplanung aus den Villenquartieren verbannt und in Durchfahrtsstrassen kanalisiert worden, diese «Kanäle» aber sind Wohnstrassen, an welchen ein gutes Viertel unserer städtischen Bevölkerung lebt.

Ein anderes Viertel, rund gesprochen, war von den privatwirtschaftlichen wie den stadtplanerischen Eingriffen aus der Innenstadt vertrieben worden; dieser Auszug ins Grüne war auch in jenen Fällen kein ganz freiwilliger, in welchen der Mieter selber den Auszug beschlossen hatte. Der Leerwohnungsbestand unserer grossen Stadtrandsiedlungen vom Typ «Göhnerswil» zeigt, dass die angepriesenen Vorteile doch eben nur aus nackter Not in Anspruch genommen worden waren.

Deshalb alarmierte die beginnende Baukrise wohl die Behörden und die Bauindustrie, das Volk jedoch blieb weitgehend ungerührt. Ein Stillstand, so denken viele Leute, kann die Lage nur verbessern.

Ist Nullwachstum Stillstand?

Bringt Nullwachstum nur für die Unternehmer Sorgen, bringt es dem einfachen Bürger die erwarete Idylle? Entlastet es die Denkmalpflege vor der Sorge um Abbruch und Zerstörung? Bewahrt Nullwachstum unsere schöne Landschaft vor weiterer Verschandelung? Setzt Nullwachstum dem Anstieg der Immissionen und der Verschmutzung von Luft und Wasser ein Ende? Enthebt es den Stadtplaner der Sorgen der Verkehrsverstopfung?

Hier haben wir vergessene Lektionen wieder zu erlernen. Zunächst einmal haben wir zu lernen, dass Nullwachstum nicht Stillstand bedeutet.

Zunächst das *Bevölkerungswachstum:* wir sehen, dass der Bevölkerungsknick vermutlich nicht in der Pille, sondern im veränderten Altersaufbau seine Ursache hat. Wenn auch vorübergehend wieder geburtenstärkere Jahrgänge ins gebärfähige Alter kommen, so wird doch die Überalterung im Ganzen fortschreiten. Die Kinderzahl wird während einiger Jahrzehnte den in den sechziger Jahren erreichten Höhepunkt nicht überschreiten.

Wirtschaft konzentriert weiterhin

Bevölkerungswanderung zwischen Landesteilen und vor allem vom Lande zur Stadt haben wir bisher unbeirrbar sichtigt gelassen. Wir wissen nicht, wie sich diese entwickeln werden; es hängt dies zusammen mit der optimalen Betriebsgrösse und Struktur künftiger Produktions- und Dienstleistungsstätten: Sind diese teilbar, können sie auf das Land oder wenigstens in die Kleinstädte dezentralisiert werden. Oder findet weiterhin ein nicht nur besitzmässiger, sondern auch technischer Konzentrationsprozess statt?

Dienstleistungen als Exportartikel neigen zur Konzentration in den Innenstädten: Banken, Versicherungen, Planungsbüros, Consulting und auftragsorientierte Forschung pflegen sich auch dann in den grossen Zentren anzusiedeln, wenn sie technisch gar nicht auf diese angewiesen wären. Das bedeutet also: Verstärkung der Konzentration von Arbeitsplätzen in der Stadt, Verlagerung des Wohnens weiterhin in das Umland, Entleerung der Mittel- und Kleinstädte von der intelligenzorientierten Bevölkerungsschicht («Brain-Drain»), im ländlichen Gebiet allenfalls Tourismus und Ausflugsverkehr.

Stillstand löst noch keine Probleme

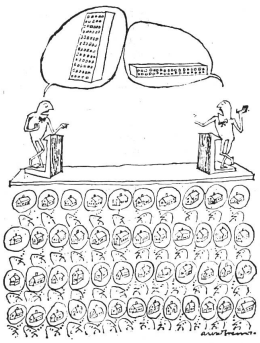
Wir haben weiterhin zu lernen, dass nicht nur *Wachstum* Ursache von Problemen ist, sondern auch dieser *«Stillstand»*, sogar Rückgang problematisch ist. Sinkende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit lässt private Investoren von grossen Projekten und neuen Städten wieder in alten Quartieren und Gebäuden Umschau halten. Die Denkmalpfleger, weit entfernt von jeder Entlastung, sind noch nie so rasch von Baustelle zu Baustelle geeilt wie nach 1973. Und noch nie mussten sich Bürger so heftig gegen bevorstehende Bauvorhaben zusammenschliessen und wehren wie in dieser Zeit, in der sie ständig aufgerufen wurden, dankbar für entstehende Arbeitsplätze zu sein (wir verweisen z. B. auf die erfolglose Werbekampagne des COOP-ACV für den «Markthof» in Basel).

Der Staat, unter der doppelten Forderung, seine Ausgaben zu senken und Arbeitsplätze zu schaffen, versucht die Flucht nach vorn: bei der Handhabung von Baubewilligungsverfahren wird die Frage nach den städtebaulichen Folgen verdrängt von der Frage nach der «Sicherung» von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft.

Das Ende der Wachstumsplanung

Unsere Infrastrukturplanung hatte sich darauf verlassen, dass das Wachstum der «Endziffern», der Einwohnerzahl und des Sozialproduktes, unaufhaltsam sei, und unsere Planer hatten sich darauf festgelegt, dass jeder «Endziffer» ein entsprechender «Planungsendzustand» zuzuordnen sei. Das Scheitern dieser Betrachtungsweise löst einen schmerzhaften Anpassungsprozess aus. Demgegenüber führt ein *qualitatives* Denken zu einer hoffnungsvolleren Perspektive: fehlendes Bevölkerungswachstum ist keineswegs gleichbedeutend mit Stagnation der Stadtentwicklung und des Ausbaues unserer Wohlfahrt und Infrastruktur.

Dabei müssen unsere Planer beschämt erkennen, dass ihre Prognosen und Planungen selbst teilweise jene Pro-



bleme erzeugt haben, die zu bekämpfen uns heute aufgegeben sind. Habe sie nicht mit ihren überdimensionierten innerstädtischen Verkehrsbauwerken eben jene Bevölkerungsverschiebung ins Umland unterstützt, die diese Bauwerke erst möglich werden liess und mit ihren überdimensionierten Bevölkerungsprognosen sie schliesslich «notwendig» werden lassen? (Beispiel U-Bahn, Expressstrassen etc.)

Konventionelle Planung, Stadtplanung, erfüllt sich nur mit Inhalt aufgrund einer vorausgehenden oder nachfolgenden Investitionstätigkeit. In diesem Sinne ist der Stadtplanung, wie sie von unseren Bauämtern immer noch produziert wird, allerdings für eine Weile die Luft ausgegangen. Die von Strassenbauwerken und Immissionen bedrohte Stadtbevölkerung atmet auf: während in Zürich der Bau des Expressstrassen-Y noch gegen den erklärten Willen der städtischen Bevölkerung durchgeführt wird, musste in Basel die Verkehrskanalisation durch das Horburgquartier zurückgenommen werden. Damit tritt ein, was man in den sechziger Jahren kaum zu vermuten wagte: grosse Gesamtkonzeptionen städtischer Verkehrsplanung werden Ruinen bleiben. Ihre Planung war unflexibel und kann sich nicht neuen Bedürfnissen anpassen.

Nullwachstum bringt somit vor allem diese Lehre: Weitsicht ist nicht die blosse Verlängerung aller Kurven und Trends in der Richtung, die sie nun einmal eingeschlagen haben, möglichst also aufwärts. Vielmehr ist Planung die Bereitstellung alternativer Eingriffsmöglichkeiten, mit welchen man rasch und ohne Zerstörung allzu grosser volkswirtschaftlicher Substanz auftretende Störungen beseitigen und willkommene Entwicklungen einleiten kann. Dazu noch zwei Betrachtungen, eine pessimistische und eine – vielleicht – optimistische.

«Gesamtplanungen»: nur bis zur ersten Etappe

Seit dem Ende der fünfziger Jahre versteht sich unsere Planung nicht mehr als «Nachtwächterplanung», als Erfüllungsgehilfe aufgetretener Bedürfnisse und Beseitiger eingetretener Engpässe. Im Bestreben, die gesteigerte Rationalität entwickelter Staaten vom Typus der USA einzuholen, hat sich unsere Planung und Investitionspolitik als *entwicklungsfördernd,* als *Produktionsvoraussetzungen schaffend* empfunden.

Den so zu beseitigenden Nachholbedarf und den im voraus zu erfüllenden Zukunftsbedarf sah man vor allem auf dem Gebiete des Automobilverkehrs. Schon am Ende der sechziger Jahre musste der *Automobilplanung* gewissermassen eine zweite Hälfte, die *Planung des öffentlichen Nahverkehrs,* beigesellt werden. Es war nicht mehr zu übersehen, dass immer noch nur eine Minderheit in der Bevölkerung über ein Automobil verfügt, dass die Mobilität der Arbeitskräfte in Gefahr war.

Aber auch diese Planung war wachstumsorientiert: nach dem Scheitern der Zürcher Tiefbahn kam das Fiasko der U-Bahn, und erst diese beiden ablehnenden Volksabstimmungen schufen das Terrain für eine vernünftige Verkehrspolitik. Nun will es die Ironie des Schicksals, dass die dem Automobil geltende Planung schon fast verwirklicht ist, ihre bessere Hälfte, der öffentliche Nahverkehr, aber dem Geldmangel der Planungsfeindschaft und dem – vorgeblichen – Wachstumsstillstand zum Opfer zu fallen droht. Da hilft keine Forderung nach Arbeitsplätzen, nach antizyklischer Konjunkturpolitik; auf dem Sektor des öffentlichen Verkehrs herrscht wieder das karge Gebot der Eigenwirtschaftlichkeit, der kostendeckenden Tarife und der strikten Deckung eines schon aufgetretenen Bedarfs. Wurde gestern noch der Nulltarif ernst diskutiert, so ist heute schon der öffentliche Nahverkehr das erste Opfer auf dem Wege zur Senkung der Staatsausgaben. Der Bau von Autostrassen erscheint «billiger» als die Verdichtung des Bus- und Bahnverkehrs durch zusätzliches Personal.

Gesundheits- und Bildungspolitik

Steht das Beispiel allein da? Wir erwähnten schon die *Krankenhäuser.* Aus den USA erreichte uns die Explosion der medizinischen Wissenschaft. Intensivstationen, chirurgische Abteilungen von unerhörter Ausstattung, künstliche Lungen, Nieren, Herzen, Stationen mit Überlebenschancen nie gekannter Art wurden gebaut. Die Kosten des Pflegetages in Spitälern verzehnfachten sich. Falsche Prognosen und ungeplanter Wettlauf benachbarter Kantone schufen in gewissen Regionen ein Überangebot, das zudem den grössten Teil jener Mittel bindet, die die Öffentlichkeit für öffentliches Gesundheitswesen auszugeben gewillt ist.

So wurde auch hier die «zweite Hälfte» der Planung verunmöglicht: nämlich der *Aufbau einer krankheitsverhütenden Vorsorge,* die, langfristig gesehen, der wichtigste Bestandteil jeder Gesundheitspolitik sein müsste. Weiterhin lebt also unsere Bevölkerung, wie im vergangenen Jahrhundert, unter krankmachenden Umständen, wenn auch mit der Chance, im Krankheitsfalle wieder repariert zu werden.

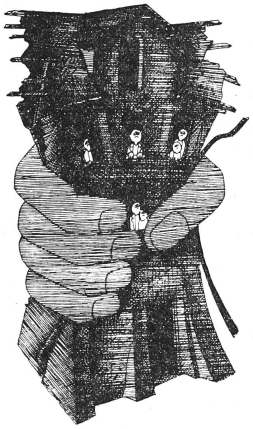
Ein drittes Beispiel: *Bildungspolitik.* Die Konkurrenz der entwickelten Länder einerseits, die Studentenrevolte andererseits zwangen uns am Ende der sechziger Jahre, eine umfassende Bildungspolitik in die Wege zu leiten. Wie im Falle der Krankenpflege wandte sich die öffentliche Planung zunächst der «Spitze» zu, den Universitäten. Und wiederum wurde das anstehende Problem vor allem als eine Gelegenheit zur Erstellung von Bauten behandelt. Heute ist die Verlegung der ETH Zürich nach dem Hönggerberg Tatsache geworden. Und die finanziellen Folgen sind schon da: der so geschaffene Rahmen kann infolge des Fehlens von Betriebsmitteln nicht ausgefüllt werden. Auch auf der Ebene der unteren und mittleren Schulen wurde der neuauftretende Bedarf vor allem baulich «bewältigt». Es ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahrzehnten nur mehr an wenigen Orten ein quantitativer Mangel an Schulplätzen auftritt. Damit haben wir jedoch unser Bildungssystem mit Beton und Eisen festzementiert; eine pädagogisch-didaktische Reform wird schon am Schulhausbestand scheitern.

Alternative Ordnung?

Und nun der Versuch eines tröstlichen Ausklangs. Die Baukrise, so sagten wir, lässt unser Volk ungerührt. Allein die Behörden, die so lange und scheinbar erfolgreich mit einer prosperierenden Bauwirtschaft zusammenarbeiteten, fühlen sich verpflichtet, dieser durch das Hervorzaubern von Schubladenprojekten Arbeit zu verschaffen. Sofern diese Projekte durch Volksabstimmungen erreichbar sind, werden sie mehrheitlich abgelehnt. Das Publikum wünscht diese Form der wachstumsorientierten Stadtplanung durch Bauplanung nicht mehr. Zu gross sind die Nachteile, welche die bisher verwirklichten Projekte der Mehrheit der städtischen Bevölkerung gebracht haben. Der Ruf nach Arbeitsplätzen, nach antizyklischer Einsetzung von Mitteln verfängt nicht oder allenfalls in jenen Fällen, wo Bundesgeld auf die lokale Ebene geleitet werden kann; selber wollen die Stadtbevölkerungen ihre Umweltzerstörung nicht mehr zahlen.

Hieraus ergibt sich die Chance einer Neukonzeption der gesamten Stadtplanung. Diese Planung muss abgehen vom Denken in den Kategorien des «Vollausbaues» und des dereinst endgültig vollendeten Verkehrssystems. Vielmehr muss sie die Stadt sehen als ein dynamisches und von inneren Strukturwandlungen ständig bewegtes Gebilde, dem die bauliche Struktur unter möglichster Schonung vorhandener – ästhetisch, volkswirtschaftlich oder planerisch – wertvoller Substanz angepasst werden muss.

Deshalb muss der augenblickliche Entscheidungsspielraum in seiner Tragweite begrenzt werden: der «mutige» Planer ist nicht derjenige, der «Pro-



bleme in den Griff bekommt», sondern der, der Entscheidungen auch seinen Nachfolgern noch überlässt. Ein Heldentum, das darin besteht, grosse Fehler zu machen, ist nicht mehr gefragt. Insofern sind auch die grossen Konzeptionen, die unsere Städte für teures Geld eingekauft haben – der Jürgensen-Plan für Zürich und der noch neuere Grabe-Plan für Basel – schon entwertet.

Das «leide» Volk

Dem Volk, das in Zürich die Tiefbahn und die U-Bahn, in Basel die Wiedervereinigung als Voraussetzung gigantischer Gesamtplanungen verworfen hat, muss ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die Öffentlichkeit darf sich nicht beirren lassen: die Klagen der Politiker und Planer über die Unmöglichkeit von Planung angesichts ständiger Eingriffe und Initiativen des Volkes meinen die Unmöglichkeit von «Wachstumsplanung», zu der man gern – zum eigenen Ruhm – zurückmöchte. Die Diffamierung und Abwertung der öffentlichen Meinung zeigt, dass das Volk auf dem richtigen Weg ist, eine Planung der kleinen Schritte, der alternativen Möglichkeiten und des offenen «Endes» zu erzwingen, in der die Dynamik der Stadtentwicklung die Dynamik ihrer Bürger ist.

Aber es muss gewarnt werden: Es bleibt keine Zeit zu bedächtigen Überlegungen; Zeiten der Krise, des Nullwachstums sind Zeiten der Beschleunigung der Stadtzerstörung – die zerstörerische Wirkung von Konjunkturpolitik wird auch die Schweizer Städte erreichen –, wenn nicht ständig Planung gefordert und die öffentliche Auseinandersetzung über diese Planung erzwungen wird. Der Nachholbedarf ist gross, auf dem «Scherbenhaufen» verworfener Projekte muss die Planung der kleinen Schritte entwickelt werden.

Die Autoren

Dr. Lucius Burckhardt, mit kunsthistorischer, ökonomischer und soziologischer Ausbildung, war während 10 Jahren Dozent an der Architekturabteilung der ETH Zürich, ebenfalls während 10 Jahren Mitglied der Zürcher Stadtplanungskommission. Seit 1973 ist er Professor für sozioökonomische Grundlagen des Städtebaus an der Gesamthochschule Kassel.

Rainer Meyfahrt ist Dozent für kommunale Entwicklungsplanung ebenfalls an der GH Kassel.

Die beiden haben den Artikel für die Architekturzeitschrift «aktuelles bauen» geschrieben, woraus wir ihn mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion abdrukken.

Der Frühling kommt bestimmt. Ebenso das nächste «konzept».

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.*

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):
☐ *April bis Dezember 77 für 12 Fr. (Ausland 16 Fr.)*
☐ *zum Schülerpreis von 8 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)*
☐ *zusammen mit dem «zürcher student» (April 77 bis Februar 78) für 22 Fr.*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 77/3*

spots

In einem Vortrag bei der oberthurgauischen Offiziersgesellschaft referierte der neue Kommandant des thurgauischen Regiments 31, Oberst Mühlemann, über die enge Verflechtung zwischen privatwirtschaftlicher und militärischer Ausbildung. Die wirtschaftlich-militärisch gleichgeschaltete Ausbildung sieht Oberst Mühlemann wie folgt: «Absolute Autorität von Mitarbeitern verlangen. Nur autoritäre Chefs mit einer disziplinierten und straff geführten Truppe» – sprich Belegschaft – «haben seit je Schlachten und Kriege gewonnen.» Oberst Mühlemann vergleicht die militärische Ausbildung mit den Führungskursen im Ausbildungszentrum Wolfsberg der Schweizerischen Bankgesellschaft, wo – ein interessantes Detail – Oberst Mühlemann Kollektivunterschrift hat. Zu wünschen ist allen jungen, dynamischen, aggressiven und aufstrebenden Bänklern – wer möchte bei einer derartigen Führung auch unten sein – ein zackiger autoritärer Führungskurs unter den Fittichen von Oberst Mühlemann.

*

Im Oktober wurden etwa 900 Personen aus der Deutschschweiz im Auftrag des Fernsehens DRS um ein Interview zum Thema Schwangerschaftsabbruch angegangen. Etwa die Hälfte war bereit, sich zu äussern. Man stellte fest, dass der Wissensstand mittelmässig bis schlecht war. Besonders wenig wussten die Befragten mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates bzw. der erweiterten Indikationenlösung anzufangen. Kein Wunder, konnten doch die wenigsten das Fachwort «Indikation» übersetzen. Fristenlösung war verständlicher: eine Lösung innerhalb einer bestimmten Frist. Dafür sprachen sich denn auch 42 Prozent aus. 23 Prozent waren für die erweiterte Indikationenlösung, 22 Prozent konnten sich nicht entscheiden, und 13 Prozent wollten die bisherige Lösung beibehalten.

*

In England befallen fast alle Krankheiten die Arbeiterschicht häufiger als die Berufs- und Managerränge in der Sozialklasse I. Ein Unternehmer oder leitender Beamter lebt in der Bundesrepublik durchschnittlich etwa 10 Jahre länger als ein ungelernter Arbeiter. In Frankreich überlebt ein Angehöriger des oberen Kaders den Hilfsarbeiter um durchschnittlich 7 Jahre. Für die Schweiz fehlen leider die Vergleichszahlen.

*

Die Zahl der Personen, die einen Herzschrittmacher tragen, nimmt ständig zu. Solche Herzschrittmacher werden meistens von einer unter der Haut eingenähten Plutonimumbatterie betrieben. Der Atomwaffenexperte Prof. Eduard Martell hat ausgerechnet, dass derartige Batterien in der Brennkammer eines Krematoriums, wo Temperaturen bis zu 1000 Grad entstehen, explodieren. Das hochgiftige Plutonium gelangt dann durch das Kamin ins Freie . . .

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion zs, Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Überspitzter Titel

«Goldenes Laub kränzt hoh(l)e Köpfe» – «das konzept» Nr. 2/1977.

Ich habe volles Verständnis für die Zielsetzung der Redaktoren, mit aggressiven Titeln Leseanreiz zu erzeugen. Die Abwandlung meines Titels «Offiziersgold – abgeblättert» in «Goldenes Laub kränzt hoh(l)e Köpfe» scheint mir nun doch etwas zu negativ und zu pauschal. Ich entschuldige mich bei allen amtierenden und angehenden Offizieren, die doch vielfach mehr im Kopf haben als viele Journalisten.

Franz Wagner-Truninger, Journalist

Statt Touristenferien in Italien

Aufbau im Friaul

Immer noch ist die Situation in den erdbebengeschädigten Zonen des Friauls äusserst gravierend. Die Bevölkerung wurde grösstenteils in die leeren Ferienwohnungen am 100 km entfernten Strand evakuiert, wo sie noch jetzt wohnt. Die staatlich organisierten Wiederaufbauarbeiten kommen nur langsam in Gang, und in Italien rechnet man damit, dass Korruption und Spekulation dasselbe Spiel treiben wie schon früher in den erdbebengeschädigten Zonen Siziliens. Das Friaul ist deshalb zu einem Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung geworden. Um eine Politik über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hin zu vermeiden, unterstützen die Linksgruppen Italiens mit materiellen Beiträgen, d. h. mit der praktischen Mithilfe beim Wiederaufbau und mit Geldsammlungen, Eigeninitiativen der Bevölkerung. Das neue Friaul soll anders werden als das alte: nicht mehr ein vom übrigen Italien ausgebeutetes und isoliertes Gebiet, nicht mehr Randgebiet, nicht mehr ein Asyl für Kinder und alte Frauen.

Die Freiwilligen der «Brigade Salvatore Toscano» unterstützen durch praktische Arbeit die Wiederherstellungen der sozialen Strukturen und die Selbstorganisation der Bevölkerung um bessere Lebensbedingungen. Ein konkretes Projekt ist der Bau eines Jugendzentrums in einem völlig zerstörten Dorf. Bis heute haben viele italienische und auch ausländische Helfer mit einer Arbeitswoche einen Beitrag zum Wiederaufbau geleistet. Die Arbeit hat aber erst begonnen, und sie wird um so dringender, als die jetzt noch evakuierten Bevölkerungsgruppen gegen den Sommer wieder in die Dörfer zurückkehren müssen, da dann die Fremden an den Stränden Einzug halten.

Deshalb sind alle demokratischen Kräfte in der Schweiz aufgerufen: Meldet euch zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz! Schon mit einer Woche könnt ihr einen wichtigen Beitrag leisten. Spezielle Kenntnisse sind keine erforderlich; Experten in Baufragen, Maurer, Zimmerleute, Architekten, Ingenieure und Techniker und Geometer sind sehr willkommen. Gesucht wird dringend auch medizinisches Personal für die zwei von der Brigade geführten Ambulatorien. Die medizinische Versorgung des Gebietes ist in einem verheerenden Zustand, nachdem viele Ärzte vor ihrer Pflicht geflohen sind. Viele Gemeinden sind deshalb von der medizinischen Versorgung abgeschnitten.

Wer sich der «Brigade Salvatore Toscano» für eine Woche oder länger anschliessen möchte, kann sich bei folgender Stelle melden: Secretaria dell'ufficio Friuli, piazza San Stefano 10, 20122 Milano. Tel. 00392/87 39 71 (Direktwahl aus der Schweiz).

R. Hauser

Montag, 28. März, 8 Uhr:
Neuer Termin für den GAM-Prozess;
diesmal «öffentlich» – im grossen Saal des Bezirksgerichts, Zürich.

«das konzept» zeigt am 26. Mai in der unteren Mensa

Dietrich Kittner – der rote Feuerwehrmann

Dietrich Kittner, Hausherr des Theaters an der Bult, Hannover (Deutschlands einziges Einmann-Repertoire-Theater), bringt sein neues Programm: «Der rote Feuerwehrmann» – eine Erich-Weinert-Revue. Kittner hat sich zum Ziel gesetzt, den derzeit «vergessenen» Satiriker und Arbeiterdichter wieder einem grösseren Publikum bekanntzumachen. Das Weinert-Programm soll aber keine Dichterlesung werden, sondern eine Revue mit Masken und Kostümen, Dias und Orchester, mit Gelächter und Betroffenheit.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis **kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss für die Aprilnummer: 8. 4. 77**

Welches reiselustige Mädchen im Alter zwischen 20 und 24 möchte mit mir, 24 Jahre altem Boy, dieses Jahr die Ferien verbringen? Reiseziel noch nicht festgelegt: **Südamerika, Nordamerika, Alaska, Grönland oder Island.** Friedrich Martin Schneider, Thunstrasse 106, 3700 Spiez.

Wir suchen ein Pärchen, das mit uns ziehen möchte über die **Türkei, Persien nach Afghanistan** in den Monaten Juni, Juli und August. Bleichenbacher Susanne, Tittwiesenstr. 70, 7000 Chur.

Suche Freund(in), 16–20j. 4 Wochen im Juli, Stockholm, Oslo 7 Tage, **SF/Lappland.** Kein Restaurant, Zivilisation. Schlafen Zelt, viel wandern, fischen. Inter-Rail. Jan Mazacek, Unterwiesenstr. 7, 8408 Winterthur.

Alles zu Fuss. Wer kommt mit? 1–2 Monate lange Wanderung. Abseits von Strassen. **Von Zürich an die Adria** oder anderswohin. Start: Anfang April. Pirmin Appius, Josefstrasse 102, 8005 Zürich, 44 50 97.

Welches Mädchen hat viel Zeit, um mit mir eine längere Reise nach **Asien,** vielleicht weiter, zu unternehmen? Ich bin gerade 21 geworden und im Augenblick unter Reiner Burgin, Kupfertorplatz 13, D-7814 Breisach, zu erreichen; schreib doch mal!

Nepal – Mitfahrgelegenheit, Sept. 77 (nur Hinfahrt), im VW-Camper für 400 Fr. geboten. Karl Maurer, Alemannenweg 30, D-8999 Scheidegg/Allg.

Etudiant cherche jeune fille, 18–23 ans, comme compagne de voyage, parlant français ou anglais, pour **Rome** pour 4 jours pendant fêtes de Pâques. M. Phillipe, Dîme 60, 2000 NE, (038) 33 34 33.

Suche fröhlichen Reisebegleiter(in) / (zurückgelegtes 23. Lebensjahr, 1 Jahr Führerschein) für **Kreta-Rundreise:** 21. 5.–5. 6. 77 (Fly-drive SSR). Judith Wider, Freihofstr. 40, 8048 Zürich, Tel. (01) 52 47 48.

Studentin sucht Reisepartner(in) für «Encounter Overland» Reise **London–Kathmandu** und zurück. Reise fängt am 11. August an. Bitte möglichst schnell antworten. Karin Schmid, 44a Rte de Sous-Moulin, 1225 Chêne-Bourg, Genève.

Junges Paar mit VW-Bus sucht per 1. September Mitreisenden mit Bus für **Asien-Trip.** E. Monti, Rudenzweg 51, 8048 Zürich, (01) 52 45 52.

Ehepaar mit VW-Camper sucht zwei Burschen oder ein Pärchen für **Nord-/Südamerikareise** vom 1. Juli bis Dez. Reisekosten 2400 Fr. plus ungefähr 10 Fr. pro Tag für Essen usw. plus Hinflug/Rückflug. Auskunft: **A.** Zybach, c/o S. C. Gray, Seeley's Bay, Ont./Kanada.

Etudiant cherche compagne 19–25 ans, juillet ou août, pour traverser **Canada ou USA** en voiture, ou Amérique centrale, ou autre projet moins lointain. Aide financière éventuelle. Téléphone le soir au (038) 24 49 19.

FLOHMARKT

Mofa an Bastler zu verkaufen, ca. 150 Franken. Tel. (01) 47 33 34.

Gepäckträger für Renault 4 zu verkaufen. Ohne Rost. Günstig. 01/34 35 17.

treff punkt

Zärtlicher **Mann, 29/173,** sucht aufgestellte **Frau** zum Aufbau einer reifen, partnerschaftlichen Beziehung. Wenn auch du im Raum Winterthur wohnst und den Frühling verspürst, schreibe mir doch unter Chiffre 3691 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Du **Molekularbiologin,** die Du Dich an der letzten AVETH-DV so gut geschlagen hast, mögest Dich doch bitte bei mir melden. Ich, **Assistent** mit gelber Legi, möchte Dich näher kennenlernen. Tel. (01) 79 04 07, am besten erreichbar zwischen 07.00 und 07.30 h.

30jähriger Mann, Ostschweiz, sucht ca. **gleichaltrigen Freund** für eine enge geistige und körperliche Beziehung. Chiffre 3633 Mosse-Annoncen AG, Postfach 8023 Zürich.

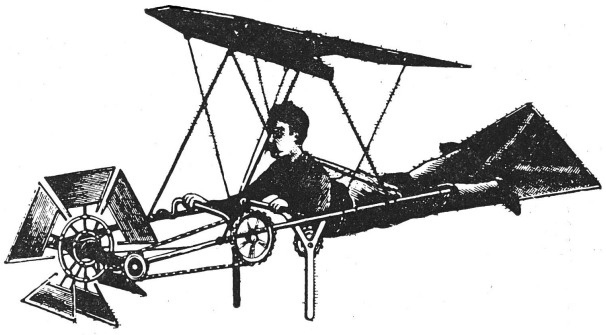
Meine gegengeschlechtliche Mehrheit ist nun bereit, meine gleichgeschlechtliche Minderheit leben zu lassen. Wer gegen oder um die Dreissig aus dem eher westlichen Mittelland fühlt sich angesprochen? Chiffre 3632, Mosse-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich.

Du (f) bisch spontan, häsch lachendi Auge, bisch echli uusgflippt und au ufem WEG. Ich selber bi im Tiger-Johr (1951) of d Welt cho, d Sonne isch im Wassermann gschtande, de Aszendent i de Jungfrau, de Moo im Schütz, d Venus, de Jupiter und de Mars i de Fisch. Falls mer schriibe willsch, do isch d Adresse: Kurt Braunwalder, Herisauerstr. 95, 9015 St. Gallen.

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept› bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).



New York einfach Fr. 484.- / Fr. 515.-
retour Fr. 760.- / Fr. 890.-
Wöchentlich ab April.

Los Angeles einfach Fr. 720.-
retour Fr. 1150.- / Fr. 1300.-
Bis Ende Mai vierzehntäglich;
ab Juni wöchentlich.

Lima einfach Fr. 790.- / Fr. 950.-
retour Fr. 1490.- / Fr. 1680.-
Bis Ende Mai vierzehntäglich;
ab Juni wöchentlich.

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
BASEL, BERN, ST. GALLEN, ZÜRICH

Bitte sendet mir gratis den Nord- und Südamerika-Flugprospekt:
Name: ..... Vorname: .....
Adresse: ..... PLZ, Ort: .....
Beruf: ..... Jahrgang: .....
Einsenden an: SSR-Reisen, Postfach 3244, 8023 Zürich Kz3

Wir berichten von der Liquidierung der Demokratie an den Hochschulen
und von der extremistischen «Interessengruppe Universität»
und wie sich die Studenten dagegen wehren.
Wir berichten vom Privatschnüffler Cincera
und von den Berufsverboten für Lehrer
und über das Demokratische Manifest
Wir berichten über die Arbeitskämpfe in der Romandie
und von Betriebsschliessungen bei uns
und von der Arbeit der Gewerkschaften.
Wir berichten über die bürgerlichen Verdummungspolitiker
und von ihren Märchen über die «Verwesentlichung» der Demokratie
und dem Kampf der SP gegen den Abbau der Volksrechte.

Wir berichten täglich, was der «Tagi» verschweigt und die «NZZ» verschleiert. Wir suchen den Kontakt mit unseren Lesern. Wir wollen Ihnen nicht fertige, «ausgewogene» Meinungen und «objektive» Informationen vorsetzen, sondern wir wollen anregen und helfen, über Erfolge und Niederlagen offen berichten.

Sie können uns dabei helfen. Machen Sie den Anfang mit einem Probeabonnement!

Mit dem **«Volksrecht»** für die Rechte des Volkes

☐ Ich möchte das «Volksrecht» unverbindlich kennenlernen und wünsche ein Gratisabonnement für 3 Wochen.
☐ Ich abonniere ab sofort das «Volksrecht» zu 6.25 Fr. per Monat (75 Fr. jährlich) und erhalte es die ersten 3 Wochen gratis.

Name: _____ Vorname: _____
Beruf: _____ Jahrgang: _____
Strasse: _____ PLZ/Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Talon einsenden an: Volksrecht, Postfach 601, 8026 Zürich

Zur sozialen Lage der Studenten

Volksfront der Schwachen gegen soziale Demontage?

Politiker und Wirtschaftsmänner versuchen zurzeit, in der Bevölkerung ihr Motto «Grenzen des Sozialstaates» populär und beliebt zu machen. Von solcher «Grenzziehung» werden vor allem die kleinen Steuerzahler, die mehr geben, aber weniger beziehen sollen, betroffen. Leidtragende sind auch die Studierenden, und unter diesen vor allem Kinder aus unteren sozialen Schichten. Die Lage der Studenten und die Konsequenzen daraus beleuchtet der folgende Artikel, der sich auf die kürzlich veröffentlichte Dokumentation des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften (VSS) «Das Stipendienwesen III» stützt und die wichtigsten Ergebnisse vorstellt. bn

Die Rede von den «*Grenzen des Sozialstaates*» soll in unserem Lande auf eine soziale Durststrecke vorbereiten, soll diese als unabänderlich, als Schicksal, eben als gegebene, selbstverständliche «Grenzziehung» erscheinen lassen: bis hierher und nicht weiter.

Der neue Finanzplan des Bundes spricht hier Bände. Er soll vorbereiten auf den Bankrott des Staatshaushaltes. Dass dabei der kleine Steuerzahler immer grössere Teile seines Verdienstes auf direkten und indirekten Wegen diesem Staat zuhalten muss und dennoch

In der Reihe der VSS-Dokumentationen ist neu erschienen zur Stipendienstatistik: «Das Stipendienwesen III»

immer weniger in Form etwa von Sozialleistungen oder Bildungsausgaben zurückerhält, wird fein säuberlich verschleiert, noch diskreter aber schweigt man über diejenigen, denen diese Mehrabgaben zugutekommen.

Ein Blick auf die Hochschulen zeigt, dass *auch die Studierenden betroffen* sind von solcher Politik: überfüllte Fakultäten, Studienreglements-Verschärfungen, drohende Zulassungsbeschränkungen, Studienzeitbestimmungen, die vielen Studienabbrüche und überlastete Studentenberatungsstellen sind die Merkmale.

Hand in Hand mit der sozialen Demontage gehen die politischen Disziplinierungsansätze einher. Dies zeigen die Versuche, die verfasste Studentenschaft in ihrer ursprünglichen Struktur zu zerschlagen, um damit Protestaktionen der Betroffenen gegen ihre missliche soziale Lage von vornherein nach Möglichkeit zu unterbinden.

Das föderalistische Unwesen

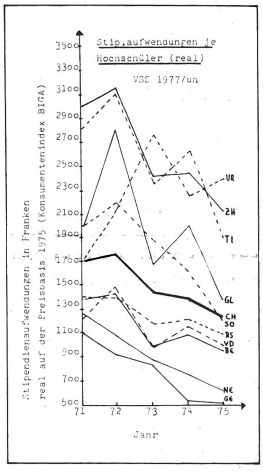
Bekanntlich gibt es in der Schweiz ungefähr so viele Bildungssysteme – und damit Stipendienregelungen – wie Kantone und Halbkantone. Dementsprechend kann bei den nachfolgenden Daten aus dem gesamtschweizerischen statistischen Durchschnitt nicht direkt auf die kantonalen Verhältnisse zurückgeschlossen werden, auch wenn die Daten einen eindeutigen Trend aufzeigen. Es geht auch nicht darum, eine Rangliste der Kantone nach «Sozialstärke» zu erstellen. Massgebend für den einzelnen Studenten sind letztlich die ausbezahlten Beiträge und nichts anderes.

Der VSS hat daher seit eh und je einige Hauptforderungen vertreten: *Harmonisierung des Stipendienwesens* – aber natürlich nicht durch Angleichung der stipendienstarken an die -schwachen Kantone! Dies bedeutet auch eine *eidgenössische Stipendiengesetzgebung*, die die Diskriminierung auf Grund der Kantonszugehörigkeit aufheben würde, eine *Anhebung der Stipendienaufwendungen* überhaupt und als zentralen Punkt die Indexierung der Stipendien wie auch der Freigrenze des elterlichen Einkommens.

Hochschulstipendien unter der Lupe

Haben sich die Studentenzahlen seit 1972 von 33 919 auf 41 729 (1975) um 23 Prozent erhöht, so blieben in derselben Zeitspanne[1] (mit kleinern Schwankungen) die Stipendiatenzahlen einigermassen konstant (nur +0,3%). Damit hat sich der Anteil Stipendiaten an der Gesamtstudentenzahl verringert von 37,6 auf 30,6 Prozent; dies bei nominellen Durchschnittsstipendien von 3666 Franken (1972) und 4066 Franken im Jahr 1975 (Erhöhung: +10,9%) und *realen* Durchschnittsstipendien[2] von 4670 (1972) und 4066 Franken 1975 (–13%).

Diese Werte lassen sich zusammenfassen: Legt man die These zugrunde, dass bei einer zunehmenden Öffnung des höhern Bildungswesens für die untern sozialen Schichten der Anteil der Stipendienbezüger, gemessen an der Gesamtstudentenzahl, schneller steigen müsste als die Anzahl Studenten, so müsste folglich der Quotient Stipendien pro Hochschüler ebenfalls aufwärts streben. Statt dessen verzeichnen wir einen *realen* Abbau um –27,4 Prozent (!) von 1710 Fr. (1972) auf 1246 Fr. (1975). Selbst *nominell* beträgt der Rückgang



–9,6 Prozent. Dabei schwanken die Werte zwischen den einzelnen Kantonen allerdings recht erheblich (zwischen +41% und –53%); jedoch nur vier Kantone dürfen sich einer positiven Entwicklung rühmen (UR, SZ, SG, GR).

Obwohl die Hochschulstipendien-Aufwendungen laufend nominell angehoben werden (1972: 46 755 609 Fr., 1975: 52 002 554 Fr.), hat sich ihr Anteil an den Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand von 0,17 (1972) auf 0,15 Prozent (1974) verringert[3]. Pro Kopf der Bevölkerung betrugen die Aufwendungen 6.36 Franken (1972) und 8.12 Franken im Jahr 1975 (*nominelle* Erhöhung: +27,67%) und *real* 9.32 (1972) und 8.12 Franken 1975 (real: –12,88%).

Zunehmende Verschuldung

Zur Entwicklung der Ausbildungsfinanzierung gehört auch das Verhältnis Stipendien/Darlehen der in der Ausbildung Stehenden[4]. Dabei fällt sogleich auf, dass die Darlehensaufwendungen gegenüber denen für Stipendien an Gewicht gewonnen haben. Seit 1972 kletterten die Darlehensaufwendungen nämlich um 46,8 Prozent von 11 908 361 auf 17 492 366 Franken im Jahr 1975. Die Stipendienaufwendungen hingegen stiegen nur um 11,2 Prozent von 122 421 277 (1972) auf 137 426 743 Franken (1975). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Darlehensbezüger von 4667 auf 5057 und die ausbezahlten Durchschnittsdarlehen von 2552 auf 3459 Franken.

Mit andern Worten: Immer mehr in der Ausbildung Stehende müssen sich verschulden, um sich die gewünschte Ausbildung zu verschaffen. Dass auf der andern Seite der verringerte Anteil Stipendiaten an der Gesamtstudentenzahl nicht durch vermehrte Darlehensbezüger aufgewogen wird, kann damit erklärt werden, dass bei den schlechten Berufsaussichten für Akademiker viele sich nicht mit finanzieller Verschuldung belasten wollen. Ob diese vielen dadurch überhaupt von einer weitern Ausbildung abgehalten werden oder ob sie eine solche unter kärglichen finanziellen Bedingungen trotzdem in Angriff nehmen, sagen die Sozialstatistiken nicht.

Diskriminierende Kantonszugehörigkeit

Würde die Einführung des Numerus clausus unter den heutigen Voraussetzungen die Diskriminierung der Angehörigen von Nichthochschulkantonen unweigerlich nach sich ziehen, so besteht eine solche im Stipendienwesen seit eh und je. Obwohl die Interkantonale Stipendienbearbeiterkommission (IKSK) und die Stipendienkommission

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

Vorstand: Hanna Muralt, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) seit längerer Zeit auf eine Harmonisierung der kantonalen Stipendienwesen hinzuwirken versuchen, bewegten sich die ausbezahlten Durchschnittsstipendien 1975 zwischen 5123 (ZH) und 2349 Franken (NW). Der gesamtschweizerische Durchschnitt liegt bei 4066 Franken (unter 3000 Fr.: 7 Kantone, bis 4000 Fr.: 10 Kantone, bis 5000 Fr.: 7 Kantone, über 5000 Fr.: 1 Kanton). Diese *grosse Spannweite*, ungeachtet einmal der Studenten- und Stipendiatenzahlen der einzelnen Kantone, bestehen trotz den zielgerichteten Bundessubventionen, die die finanzschwachen Kantone bevorzugen. So hat der Bund bis anhin 25 bis 65 Prozent der Stipendienaufwendungen getragen.

Nun soll im Rahmen des neuen Finanzplans des Bundes eine lineare *Kürzung dieser Subventionen* um 5 Prozent erfolgen! Zu einer Zeit, in der die Kantone ihre leeren Kassen bejammern und mit hohler Hand vor den Bund treten, wird dies zweifellos eine weitere Verschlechterung der Stipendienleistungen zur Folge haben. Gegenüber allen Kürzungen ist festzuhalten: Da die Ausbildungs- und Lebenskosten schon so stark auf das Individuum abgewälzt werden, ist jede weitere Minderleistung unzumutbar.

Es bleibt weiterhin die alte Forderung nach Vereinheitlichung der Ausbildungsfinanzierung. Konkret heisst dies, dass endlich die verfassungsmässigen Grundlagen dazu geschaffen werden müssten. Und dies kann vernünftigerweise nur mit einem Bildungsartikel passieren, der dem Bund die nötigen Kompetenzen im Bildungswesen überträgt.

Betroffen: die sozial Schwachen

Generell lässt sich feststellen: Die Stipendienfähigkeit der Studenten – und nicht nur der Studenten – hat in den letzten Jahren in katastrophalem Mass abgenommen. Hauptbetroffene sind Kinder, deren soziale Familienverhältnisse nun von vornherein einen Studienbeginn verhindern oder die infolge einer nominellen Erhöhung des elterlichen Einkommens entweder weniger Stipendien erhalten oder gar aus dem Bereich der Stipendienberechtigten herausfallen. Vor allem *das Fehlen einer Indexierung der Stipendien und der Freigrenze des elterlichen Einkommens* stellt die Studenten damit vor enorme finanzielle Probleme. Denn erfahrungsgemäss bedeutet eine nominelle Erhöhung des Elterneinkommens noch lange nicht, dass die elterlichen Leistungen deswegen angehoben werden können. Im Gegenteil: Während früher die Inflation solche Erhöhungen grösstenteils gleich wieder aufgefressen hat, werden diese heute verstärkt durch erhöhte direkte und indirekte Steuerabgaben oder Prämien der Sozialversicherungen wieder «wettgemacht». Zudem sind die *Lebens- und Studienkosten auch gestiegen* (Konsumentenindex Biga: 1972: 128,1/1975: 163,2). Die Stipendienkommission der EDK berechnete die durchschnittlichen Studien- und Ausbildungskosten für eine auswärts lebende Person im Juni 1976 auf rund 12 000 Fr. jährlich. Es wäre zu untersuchen, wie viele Studenten gezwungen sind oder bereits waren, das Studium abzubrechen, weil sie staatliche Minderleistungen nicht durch eine Mehrleistung der Eltern oder durch Eigenverdienste ersetzen konnten. Gerade Eigenverdienste können angesichts verschärfter Studiengänge oder bestehender Studienzeitbeschränkung (Universität Zürich) nicht unbegrenzt ausgebaut werden, ganz abgesehen davon, dass die gegenwärtige Arbeitsmarkt-Situation in sehr vielen Fällen einen Nebenverdienst überhaupt ausschliesst.

Die Bedeutung einer ausreichenden Studienfinanzierung hat 1976 die Zürcher Umfrage Peters/Zeugin[5] klar nachgewiesen: Das «Geldproblem» hat für die meisten Studenten (79%) vorrangige Bedeutung, und es ist dementsprechend auch an sämtlichen studienhindernden psychischen Schwierigkeiten mitbeteiligt.

Anmerkungen

[1] Bei den Zahlen zur Entwicklung des Stipendienwesens wird das Jahr 1972 als Ausgangspunkt genommen, weil 1972 die Stipendienleistungen – zumindest real – in den meisten Kantonen einen Höchststand hatten.

[2] Auf der Preisbasis 1975 nach Konsumentenindex Biga.

[3] Die Daten für 1975 sind noch nicht greifbar.

[4] Infolge fehlenden Datenmaterials ist hier von Aufwendungen zugunsten «aller in der Ausbildung Stehenden» die Rede.

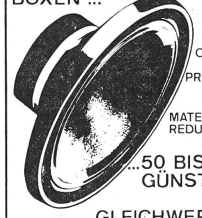
[5] M. Peters, P. Zeugin, Zur ökonomischen Lage der Studenten an der Universität Zürich, Zürich 1976

In der nächsten Nummer:
(Fortsetzung)

Die Forderungen der Studenten
- **Stipendien als Existenzminimum, Darlehen nur als Zusatz**
- **Neufestsetzung und Indexierung der Elterneinkommens-Freigrenze**

Schwache aller Stände, vereinigt euch gegen die soziale Demontage!

DO IT YOURSELF LAUTSPRECHER - BOXEN ...



... IN JEDER QUALITÄT UND PREISLAGE
KURSE GRATIS, MATERIAL ZU REDUZIERTEN PREISEN
...50 BIS 70 % GÜNSTIGER ALS GLEICHWERTIGE MARKENPRODUKTE

COUPON
ICH INTERESSIERE MICH FÜR EINEN ACR-LAUTSPRECHER-BAUKURS.
BITTE SENDEN SIE MIR UNTERLAGEN.
NAME
VORNAME
STRASSE
ORT
EINSENDEN AN DEN KURSLEITER PETER STIERLI, HEIDENRIEDT, 8617 MÖNCHALTORF
TEL. 25 98 57 UND ABENDS 86 99 32

Soeben erschienen: VSS-Stellungnahme zu:

Lehrerbildung von morgen

Die Kommission, die im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren arbeitete, versteht ihren Bericht als «Planungsgrundlage» und «Richtlinie» für eine gesamtschweizerische Koordination der Lehrerbildung: «Es ist ein Expertengutachten, welches die Frage beantwortet, was Lehrerbildung beinhalten muss und in welcher Form sie organisiert werden kann. Zusammen mit den Antworten des nachfolgenden Vernehmlassungsverfahrens bildet es eine Grundlage zur Entwicklung einer gesamtschweizerischen Lehrerbildungspolitik.»

Von diesem weittragenden Anspruch her, *das* richtungweisende Dokument für die künftigen Lehrerbildungsreformen zu sein, drängte sich eine intensive Beschäftigung mit dem Bericht auf. Die etwa 30seitige VSS-Stellungnahme setzt mit ihrer Kritik grundsätzlich an. In der Auseinandersetzung mit den «halbbatzigen» Reformvorschlägen der Expertenkommission werden die Strukturen und Inhalte einer künftigen Lehrerbildung sichtbar, wie wir sie verstehen und wie sie seit je im Rahmen der studentischen Bildungspolitik gefordert wurden. In diesem Sinn wendet sich die Stellungnahme nicht nur an Lehrer, sondern auch gerade an eine weitere bildungspolitisch interessierte Öffentlichkeit.

Die Kritik hakt beim Graben zwischen theoretischer Ausbildung an den Seminaren, Instituten und den praktischen Erfordernissen des Lehrerberufs ein. Auch wenn die diesbezüglichen Formulierungen des Berichts sehr fortschrittlich klingen, trügt der Schein: *Die Misere bleibt, sie wird nur umbenannt.* Diese Kluft zwischen Anspruch und dessen praktischer Einlösung versucht die VSS-Stellungnahme aufzuzeigen.

Die VSS-Stellungnahme ist beim VSS zu beziehen. *VSS*

Kurs der Fachgruppe Wissenschaft der GKEW:

Wissenschaft und Gesellschaft

Der Kurs soll dazu beitragen, Laien – und das sind wir alle auf dem Fachgebiet des anderen – in die Lage zu versetzen, Ereignisse und Sachverhalte auf dem Gebiet der Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaft, besser beurteilen zu können und klarere Vorstellungen über ihre gesellschaftlichen Hintergründe zu gewinnen. Es geht um einen Versuch, die Geheimnistuerei der Wissenschaft ein wenig zu durchbrechen. Der erste Teil des Kurses besteht aus Referaten und Diskussionsansätzen aus einzelnen Fachgebieten, im zweiten Teil werden einige Modelle aus der Wissenschaftstheorie vorgestellt.

Themen

- Dilemma der Forschungskontrolle am Beispiel der Genmanipulation.
- Chemische Forschung in der Industrie.
- Setzen Umwelt und Nervenzellen den Rahmen für unser Verhalten?
- Theoretische Wissenschafter, Narren des Kulturwesens/Interpretation der Quantenmechanik.
- Mohole: die (nicht ausgeführte) Bohrung in den Erdmantel.
- Kritik der sanften Technologie.
- Empirische Sozialforschung oder das Elend der bürgerlichen Sozialtechnologie.
- Einige Hintergründe der Aggressionsforschung.
- Die Struktur wissenschaftlicher Revolution (T. S. Kuhn).
- Wissenschaftstheorie, eine noch unbekannte Form des Irreseins.
- Wie ist eine materialistische Erkenntnistheorie möglich?

Beginn: Donnerstag, den 28. April 1977, 20.00 im Rest. «Du Pont». (Der Kurs findet von diesem Datum an jeden Donnerstagabend am gleichen Ort statt.)

Kursgeld: 20 Fr., Bezahlung am ersten Kursabend.

Bitte untenstehenden Talon bis 15. April an FG Wissenschaft, GKEW, Postfach 344, 8021 Zürich

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT GKEW / Postfach 725 8022 Zürich

Ich nehme am Kurs «Wissenschaft und Gesellschaft» der GKEW teil und bezahle die 20 Fr. Kursgeld am ersten Abend.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

_____

Tel.: _____

Beruf oder Studienrichtung: _____

Studenten der Uni Zürich zum neuesten Regierungsratsentscheid

Auflösung der Zwangskörperschaft?

Durch Regierungsratsbeschluss (2. 3. 77) wurde die obligatorische Mitgliedschaft in der Studentenschaft aufgehoben. Der Regierungsrat akzeptierte zwei Beschwerden von Mitgliedern der Interessengruppe Hochschule gegen die Erhebung obligatorischer Mitgliederbeiträge für die Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ).

- Dieser Entscheid wurde in der ersten Semesterferienwoche gefällt, als die Studenten in alle Winde verstreut waren und die Information der Studenten über das weitere Schicksal ihrer SUZ sehr schwierig war.

- Nach den Diskussionen um die verfasste Studentenschaft und dem Scheitern des neuen Uni-Gesetzes, sollte nun im Zürcher Kantonsrat die Motion Herczog betreffend die Existenz der Studentenschaft behandelt werden. Der Kantonsrat steht jetzt vor vollendeten Tatsachen, indem der Diskussion vorgegriffen wurde.

Bis der Entscheid in Rechtskraft erwächst, existiert die SUZ – die demokratisch gewählten Gremien, Grosser Studentenrat (GStR), Kleiner Studentenrat (KStR), Fachausschüsse, Dienstleistungsorganisationen – weiter. Alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel werden ausgeschöpft. Trotzdem muss damit gerechnet werden, dass ein Rekurs in letzter Instanz abgelehnt wird. Darum müssen Vorkehrungen getroffen werden, die die Interessenvertretung der Studierenden weiterhin garantieren.

Wir verurteilen scharf die üblen Machenschaften gewisser rechtsbürgerlicher Kreise, die so lange in demokratischen Strukturen politisieren, wie ihnen ihre eigene Politik durchsetzbar erscheint; Sobald ihnen das parlamentarische Vertrauen von der studentischen Basis entzogen wird, sich die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Ungunsten verändert haben, beginnen sie aber, die demokratischen Institutionen zu sabotieren und auf deren Abschaffung hinzuarbeiten.

Kleiner Studentenrat der Uni Zürich

Studentenschaft der Universität Zürich SUZ

Erhaltet die SUZ . . .

Wir fordern alle Studenten der Universität Zürich auf, die 12 Franken Semesterbeitrag vorbehaltlos der SUZ zukommen zu lassen. Nur so kann eine starke SUZ mit einem optimal funktionierenden Dienstleistungsbetrieb garantiert werden. KStR

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ *monatlich Fr. 6.45*
☐ *vierteljährlich Fr. 18.55*
☐ *halbjährlich Fr. 36.75*
☐ *jährlich Fr. 72.80*

Name: _____

_____

Strasse: _____

_____

PLZ, Ort: _____

_____

Fakultät: _____

Semester: _____

7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.